



Enquetekommission IV

9. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

15. Januar 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Martin Vincentz (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

1 **Veränderte Rahmenbedingungen für Lebensformen**

3

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlagen 1 und 2*)

* * *

¹ nichtöffentlicher Teil mit TOP 2 bis 5 siehe nöEKPr 17/99

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Ich hoffe, dass Sie alle gut und gesund ins neue Jahr hineingekommen sind. – Zu unserer heutigen Sitzung begrüße ich die Mitglieder der Kommission, die anwesenden internen Sachverständigen sowie die Sachverständigen, die uns zugeschaltet sind: Herrn Dr. Michael Spörke vom Sozialverband Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Frau Nicola Stropf vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Frau Michaela Hofmann von der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW, Frau Professor Dr. Sigrid Leitner von der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der TH Köln sowie Herrn Julian Kull vom LiSL NRW. Alle Sachverständigen – abgesehen von Herrn Kull, der hier im Raum anwesend ist – sind heute gemäß den neuen Regularien per Video zugeschaltet. Ich heiße die Sachverständigen – das gilt ebenso für die wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten, die unserer Runde heute beiwohnen – herzlich willkommen.

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit der Nr. E 17/1653 zugegangen. Da mir keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche vorliegen, können wir in die Tagesordnung – so, wie sie vorliegt – eintreten.

Ich rufe – das ist der öffentliche Teil der Sitzung – den Tagesordnungspunkt 1 auf:

1 Veränderte Rahmenbedingungen für Lebensformen

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlagen 1 und 2)

Zunächst kommen wir zum öffentlichen Teil. – Sehr geehrte Sachverständige, im Namen der Enquetekommission möchte ich Ihnen vor allen Dingen ausdrücklichen Dank für Ihre heutige Teilnahme und die bereitgestellten Stellungnahmen aussprechen. Es sind drei Stellungnahmen eingegangen.

Zunächst gebe ich ein paar organisatorische Hinweise: Es gibt die Möglichkeit, zu Beginn jeweils kurze Eingangsstatements vorzutragen. Wir haben uns auf die Dauer von ca. fünf Minuten geeinigt. Eine Sachverständige konnte in der Kürze der Zeit keine Stellungnahme mehr einreichen. Von daher räumen wir ihr die Möglichkeit ein, um ein paar Minuten zu überziehen. Wenn es keinen Widerspruch gibt, verfahren wir so.

Nach den Eingangsstatements gibt es die Möglichkeit, Fragen an die Sachverständigen zu stellen. Wenn die Sachverständigen untereinander Fragebedarf besteht, haben sie – darauf haben wir uns in der Vergangenheit geeinigt – die Möglichkeit, sich gegenseitig zu befragen. Das könnte dann zu einer breiter angelegten Diskussion führen.

Ich werde jetzt die Sachverständigen nacheinander aufrufen, damit sie ihre Eingangsstatements abgeben können. Als Erster hat Herr Dr. Michael Spörke das Wort.

Dr. Michael Spörke (Leiter Sozialpolitik und Kommunales SoVD Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.): Ich habe Ihnen im Vorhinein das Gutachten des SoVD-Bundesverbandes zum Thema „Einsamkeit“ zugehen lassen. Darauf werde ich jetzt kurz eingehen. Anschließend werde ich auf die Punkte zu sprechen kommen, die aus unserer Sicht für Nordrhein-Westfalen relevant sind. Dabei möchte ich insbesondere

den Blick auf die Klientel der Menschen mit Behinderung richten; denn der ist gerade bei dem hier zur Diskussion stehenden Thema interessant bzw. relevant.

Das Ihnen vorliegende Gutachten macht einmal mehr deutlich, dass das Risiko in Bezug auf soziale Isolation und Einsamkeit steigt, wenn verschiedene Faktoren zusammenkommen. Menschen, die älter sind, fühlen sich nicht per se einsam und isoliert. Wenn aber Faktoren wie Behinderung, Pflegebedürftigkeit und Altersarmut dazukommen, steigt das Risiko der sozialen Isolation und der Einsamkeit nicht nur subjektiv gefühlt, sondern es ist auch faktisch vorhanden.

Soziale Isolation – so ist es im Gutachten dargelegt worden – ist sowohl Folge als auch Ursache von Einsamkeit. Soziale Exklusion ist ein Problem ganzer Gruppen, bei denen Einsamkeit bzw. Exkludiertsein spürbar sind. Damit sind wir direkt bei der Klientel der Menschen mit Behinderung. Wenn fehlende Infrastrukturen zu verzeichnen sind, dann führt das bei den davon betroffenen Menschen zu Exklusion und Einsamkeit, weil Orte der Begegnung fehlen. Orte der Begegnung sind beispielsweise Bibliotheken, Dorfläden, Quartiersläden usw. Das Gutachten stellt zu Recht fest, dass das Vorhalten solcher Einrichtungen sowie Barrierefreiheit im Rahmen der öffentlichen Infrastruktur Grundvoraussetzungen sind, um das zu verhindern.

Ich komme jetzt auf NRW zu sprechen. Wir haben uns im vergangenen Jahr intensiv mit dem ersten Teilhabebericht der Landesregierung zum Leben von Menschen mit Behinderung beschäftigt. In ihm wurden zu Recht eine ganze Reihe von Punkten angeführt, welche die soziale Exklusion von Menschen mit Behinderung belegen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich das kurz skizzieren.

Erstens geht es dabei um das Thema „Bildung“. Der Bericht führt sehr deutlich aus, dass die Exklusionsquote bei Schülern mit Behinderung nicht im erforderlichen Maße sinkt. Nach wie vor werden viel mehr Schüler in Förderschulen beschult, als das im Sinne einer sozialen Inklusion wichtig und wünschenswert wäre.

Das setzt sich dann zweitens beim Thema „Arbeit“ fort. Der Bericht sagt auch hier zu Recht, dass die Personengruppe der schwerbehinderten Menschen überproportional von Arbeitslosigkeit – häufig auch von Langzeitarbeitslosigkeit – betroffen ist. Damit geht – das ist logisch nachvollziehbar – ein erhöhtes Armutsrisiko einher, was wiederum ein begünstigender Faktor für soziale Exklusion und Einsamkeit ist.

Drittens fehlt uns in Nordrhein-Westfalen in hohem Maße barrierefreier Wohnraum, was dazu führt, dass viele Menschen mit Behinderung sowie auch ältere Menschen nicht so wohnen können, wie sie wollen. Dadurch wird aber auch der Kontakt mit Freunden und Nachbarn erschwert, weil auch diese nicht barrierefrei wohnen. Dies ist ebenfalls ein Faktor, der zu Isolation und zur Einsamkeit führt.

Auch der vierte Punkt ist wichtig: Im Bericht ist einmal mehr festgestellt worden, dass uns auch im Freizeitbereich Angebote für Kinder und Jugendliche, aber auch für ältere Menschen mit Behinderung fehlen. Die vorhandenen Angebote sind nur in unzureichendem Maße barrierefrei nutzbar.

Fünftens. Der Bericht trifft aus unserer Sicht eine sehr erschreckende Feststellung, dass nämlich insbesondere auch Menschen mit schweren Beeinträchtigungen nicht in

erforderlichem Maße frei wählen können, wo sie leben wollen. Sie leben vielmehr sehr oft in Einrichtungen, weil sie, was den ambulanten Sektor angeht, keinen barrierefreien Wohnraum finden. Das Wahlrecht, so zu leben, wie man es möchte, ist für diese Klientel besonders schwer umzusetzen, was ebenfalls die Gefahr der Einsamkeit verstärkt.

Sechstens. Auch der ÖPNV in Nordrhein-Westfalen ist – obwohl das bis zum 1. Januar des nächsten Jahres umfassend der Fall sein müsste – noch nicht barrierefrei. Das führt dazu, dass Menschen, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind, nicht so, wie sie es gerne möchten, reisen können. Auch das ist ein Faktor, der Einsamkeit und soziale Exklusion verstärkt.

Siebtens möchte ich auf den sehr wichtigen Punkt der Gesundheitsversorgung zu sprechen kommen. Wenn Menschen nicht in erforderlichem Maße für ihre Gesundheit sorgen können, führt das ebenfalls dazu, dass sie in hohem Maße benachteiligt sind. Der Teilhabebericht hat dazu festgestellt, dass die Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderung nicht ausreichend gut ist, weil auch in diesem Bereich flächendeckende barrierefreie Angebote fehlen.

Achtens. Für Menschen mit Behinderung ist – dieser Punkt ist ebenfalls sehr wichtig – die gesellschaftliche bzw. politische Partizipation schwieriger, als es bei Menschen ohne Behinderung der Fall ist. Das ist so, weil insbesondere in den Kommunen die finanziellen Ressourcen fehlen, um entsprechende Unterstützung geben zu können. Aber auch die Menschen selber verfügen nicht über entsprechenden Ressourcen bzw. soziale Netzwerke, um in wünschenswertem Maße aktiv werden zu können.

In NRW gibt es also ein ganzes Konglomerat an Faktoren, welche durch den Teilhabebericht noch einmal hieb- und stichfest dargelegt worden sind. Sie machen deutlich, warum Menschen mit Behinderung in besonderem Maße von sozialer Exklusion – und damit letztendlich auch von Einsamkeit – betroffen sind. Deswegen ist es nicht verwunderlich, wenn im Bericht festgestellt wird, dass gerade Menschen mit Behinderung sehr oft allein leben. Bei ihnen kommen neben den strukturellen Benachteiligungen auch die sogenannten Barrieren im Kopf hinzu. Menschen mit Behinderung wird beispielsweise nach wie vor sehr oft die Fähigkeit zur Gründung einer Familie abgesprochen. Durch die dargestellten Probleme wird die Bildung einer Familie ebenfalls massiv erschwert.

Nicola Stroop (Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.): Ich möchte meine Ausführungen mit der Schilderung der Situation von Alleinerziehenden beginnen. Hauptprobleme in Ein-Eltern-Familien – sie stellen 20 % der Familien in NRW – gibt es auf den Gebieten Zeit und Geld. Hausarbeit, Kinderbetreuung, Erwerbstätigkeit sowie administrative Aufgaben – also alles, was von Familien zu leisten ist – müssen von einem Erwachsenen durchgeführt werden. Dem Alleinerziehenden bleibt nur noch wenig Zeit für die Befriedigung der eigenen Bedürfnisse. Ausgehen ist dann schon ein sehr knappes Gut.

Bei Alleinerziehenden beträgt die Erwerbsbeteiligung – das ist ein sehr hoher Prozentsatz – über 70 %. Trotzdem sind sie häufig von Armut betroffen. Das Thema „Geld“

stellt also das zweite große Problem dar. Alleinerziehende verfügen durchschnittlich über die Hälfte des Einkommens von Paarfamilien mit derselben Kinderzahl. Die prekären finanziellen Verhältnisse bei Alleinerziehenden führen – im Vergleich zu Paarfamilien – zu geringeren Teilhabechancen.

Das Thema „Einsamkeit“ ist, glaube ich, bei Alleinerziehenden ein wenig anders gelagert als vielleicht bei anderen Bevölkerungsgruppen, die davon betroffen sind. Fragt man Alleinerziehende, ob sie sich einsam fühlen, dann kommt oft die Antwort: Ja, abends und am Wochenende. Das ist eine gängige Antwort von Alleinerziehenden. Alleinerziehend ist man abends und am Wochenende. Dann sind die Betroffenen richtig allein. Tagsüber befinden sie sich in einer Rush Hour. Sie leben nicht allein, sondern mit mindestens einem Kind zusammen. Die meisten Kinder von Alleinerziehenden – das betrifft über 65 % – befinden sich in einem Alter, wo sie entweder in eine Kita oder eine Schule gehen. Das betrifft den Altersabschnitt zwischen drei und 15 Jahren. Ich sagte gerade, dass 70 % der Alleinerziehenden erwerbstätig sind. Das bedeutet, dass Alleinerziehende im normalen Alltag – also nicht zu Coronazeiten – tagsüber viele soziale Kontakte haben. Abends sind sie aber sehr erschöpft. Der ganze Tag war durchgetaktet. Wenn die Kinder abends im Bett liegen, wäre eigentlich Zeit für soziale Kontakte. Dann kommt aber die große Erschöpfung. Außerdem fehlt es an Geld für einen Babysitter. Auch andere Formen von Entlastung können wegen Geldmangel nicht eingekauft werden. Erschöpfung ist häufig eher der Grund für Einsamkeit – und nicht der Mangel an Freunden oder sozialen Kontakten.

Wir haben jedoch eine Gruppe identifiziert, wo das nicht der Fall ist. Dabei handelt es sich um die Alleinerziehenden, die nicht berufstätig sind und sehr kleine Kinder haben. Das sind aber die allerwenigsten. 10,5 % der Alleinerziehenden haben Kinder im Alter von unter drei Jahren und sind nicht erwerbstätig. Das ist noch am ehesten die Gruppe, deren Angehörige einen Mangel an sozialen Kontakten haben. Denn durch die fehlende Erwerbstätigkeit ist nicht das Geld vorhanden, um Kurse – wie zum Beispiel Baby-Schwimmkurse oder was auch immer es an Angeboten gibt; die kosten häufig aber Geld – zu besuchen.

Wir sehen, dass es viele Angebote für Eltern – auch mit Kinderbetreuung tagsüber – gibt, wo es aber, wenn man arbeitet, keine Möglichkeit der Teilnahme gibt. Am Wochenende gibt es wenig Angebote. Das betrifft auch den Bereich der Gesundheitsfürsorge, wo es zum Beispiel um Yoga-Kurse – oder irgendetwas anderes, was von den Krankenkassen bezahlt wird und wo man die Kinder mitnehmen kann, die dort betreut werden – geht. Für Alleinerziehende ist es im Prinzip gar nicht möglich, daran teilzunehmen. Über diesen Ansatz könnte man sicherlich nachdenken.

Wir haben vorgeschlagen, dass die Beratungsangebote – dabei geht es um eine Beratung, wie sich die Menschen sozial besser vernetzen können – auf eine Änderung des Verhaltens der betroffenen Menschen abzielen sollten. Dort, wo nicht die entsprechenden Rahmenbedingungen vorhanden sind, ist es schwierig, eine Verhaltensänderung zu verlangen. Wir sehen den Ansatz darin, dass es für Alleinerziehende bessere Rahmenbedingungen geben muss, um den zweiten Erwachsenen, der in einer Familie die Erwerbstätigkeit mit sicherstellt, zu kompensieren.

Alleinerziehende wünschen sich alternative Wohnprojekte. Dabei geht es darum, Alleinerziehenden-Wohngemeinschaften zu gründen. In unserer Community gibt es immer wieder derartige Anfragen. Häufig fehlt es aber am passenden Wohnraum, weil man dafür mindestens eine Vierzimmerwohnung – sie sollte aber besser noch etwas größer sein – braucht. Viele Wohnungen haben nicht so viele Zimmer. Außerdem sind die vorhandenen alternativen Wohnprojekte sehr teuer. Für Menschen mit kleinem Geldbeutel – das trifft im Durchschnitt auf Alleinerziehende zu – ist das nicht leistbar.

Prof.'in Dr. Sigrid Leitner (Technische Hochschule Köln, Institut für Sozialpolitik und Sozialmanagement [ISSM]): Einsamkeit ist, aus meiner Perspektive gesehen, immer eine Folge der gesellschaftlichen Desintegration und wird im Folgenden differenziert nach einzelnen Integrationsbereichen dargestellt. Das heißt dass es die Vorstellung gibt, dass es unterschiedliche gesellschaftliche Integrationsbereiche gibt, die ineinandergreifen. Für die meisten Menschen ist die Familie der wichtigste Integrationsbereich. Danach kommen Erwerbsarbeit, Freundschaft und Nachbarschaft. Es gibt aber noch weitere Integrationsbereiche.

(Folie 2)

Gesellschaftliche Megatrends wirken auf diese Integrationsbereiche ein.

(Folie 3)

Es kommt dann teilweise zu Integration in einzelnen Teilbereichen sowie zu Desintegration in anderen Teilbereichen. Das tritt durchaus gleichzeitig auf und trifft für die Individuen auf unterschiedliche Art und Weise zu.

Ich wurde gebeten, den Fokus einmal auf die Alleinerziehenden und zum anderen auf Pfleger und pflegende Angehörige zu richten. Zu den Alleinerziehenden haben wir schon einiges gehört.

(Folie 4)

Der Anstieg der Zahl der Alleinerziehenden beschreibt einen sie betreffenden gesellschaftlichen Megatrend. Der bildet sich dadurch ab, dass der Anteil der Alleinerziehenden an allen Familien im Vergleich zu den Paarfamilien in den letzten 20 Jahren angestiegen ist. Er liegt aktuell bei 20 %. Im Augenblick gibt es 1,5 Millionen Alleinerziehende. Den allergrößten Anteil daran machen Frauen aus.

Wie steht es bei den Alleinerziehenden um den Integrationsbereich „Familie“. Nicht alle von ihnen sind ohne Partner. Etwa 39 % befinden sich in einer festen Partnerschaft. Ungefähr 44 % sind ungewünscht ohne Partner.

(Folie 5)

31 % geben an, dass sie komplett ohne familiäre Unterstützung zurechtkommen müssen.

Die Erwerbsarbeit ist für Alleinerziehende sehr wichtig. Eine große Anzahl von ihnen ist erwerbstätig bzw. vollzeiterwerbstätig. Gleichzeitig gibt es einen großen Anteil von erwerbstätigen Alleinerziehenden, die ein niedriges Einkommen haben oder SGB-II-Leistungen beziehen. Wichtig ist festzustellen, dass 75 % der Alleinerziehenden, die

nicht erwerbstätig sind, dies gerne sein möchten. Das ist ihnen aber aufgrund fehlender Kinderbetreuungsstrukturen nicht möglich.

(Folie 6)

Betreuungsangebote sind hier also – das ist ein sehr wichtiger Punkt – von hoher Bedeutung für die gesellschaftliche Integration von Alleinerziehenden.

Was den Bereich der Freundschaften und Nachbarschaften betrifft, ergibt sich ebenfalls ein gemischtes Bild.

(Folie 7)

Die Hälfte der Alleinerziehenden gibt an, dass bei ihnen mindestens einmal in der Woche Besuche von Nachbarn, Freunden oder Bekannten stattfinden. Das heißt also, dass solche Besuche bei der anderen Hälfte nicht stattfinden. Dieser Wert ist, wie ich finde, bedenklich hoch.

Ich komme zu den Integrationsbereichen Freizeitgestaltung, Mitgliedschaft in Vereinen, Ehrenamt und politische Teilhabe.

(Folie 8)

Hier gibt es für die Alleinerziehenden aufgrund der angespannten finanziellen Situation und der Zeitnot ein besonderes Problem. Insoweit wird die Desintegration in Bezug auf diese Bereiche gefördert. Das heißt dass die Belastung zu groß ist, um sich auf den genannten Gebieten noch zu engagieren bzw. eingebunden zu sein.

Es gibt, was die pflegenden Angehörigen anbelangt, 3,2 Millionen Hauptpflegepersonen, die pflegebedürftige Angehörige zu Hause versorgen.

(Folie 9)

Wenn man diejenigen, die zusätzlich noch mithelfen, mit dazu nimmt, verdoppelt sich diese Zahl.

Wie sieht es in Bezug auf die pflegenden Angehörigen und die unterschiedlichen Integrationsbereiche aus?

(Folie 10)

Wir sehen, dass sich nur 60 % der Angehörigen gut von der Familie unterstützt fühlen. Da ist anscheinend ein hoher Integrationsgrad vorhanden. Auf der anderen Seite wiederum trifft das auf 40 % nicht zu.

Ein wichtiger Bereich sind Freundschaften und die Nachbarschaft.

(Folie 11)

Ein Drittel der pflegenden Angehörigen fühlt sich von Freunden und Nachbarn gut unterstützt. Hier muss man allerdings auf die aktuellen Veränderungen aufgrund der Pandemie hinweisen. Neuere Studien zeigen auf, dass die Unterstützung vonseiten der Nachbarn in 20 % der Fälle ganz aufgehört und in 23 % der Fälle abgenommen hat. Andere Familienmitglieder oder Freunde waren zu 9 % gar nicht mehr und zu 22 % weniger als vorher unterstützend tätig. Das sind sehr besorgniserregende Werte.

Vor Beginn der Pandemie fühlte sich ein Drittel der pflegenden Angehörigen einsam, jetzt trifft das auf die Hälfte von ihnen zu.

(Folie 12)

Auch hier sind die Werte sehr stark angestiegen.

Der Bereich Erwerbsarbeit ist als Integrationsbereich für die pflegenden Angehörigen jetzt weniger wichtig als für andere Gruppen.

(Folie 13)

Das ist allein aufgrund der Tatsache so, dass sich etwa die Hälfte von ihnen nicht mehr im erwerbsfähigen Alter befindet. Insofern kann gesagt werden, dass die Einsamkeitsthematik auch in diesem Bereich eine Rolle spielt. Sie ist aber anderes gestaltet als im Bereich der Kinderbetreuung. Hier wäre es vonnöten, dass auch die Arbeitgeber eine konstruktive Rolle im Sinne einer pflegesensiblen Gestaltung des Arbeitsumfeldes spielen.

Bei den pflegenden Angehörigen ist die Einbindung in das professionelle Hilfesystem sehr wichtig.

(Folie 14)

Hier ist durchaus noch Luft nach oben vorhanden. 85 % der Angehörigen pflegen täglich, 40 % sogar mehr als zwölf Stunden täglich. Die Inanspruchnahme professioneller Hilfeleistung ist im Vergleich dazu relativ gering. Die Hälfte der Betroffenen nimmt die Hilfe eines Pflegedienstteams in Anspruch. Bei Betreuungs- und Haushaltshilfen trifft das auf ein Viertel von ihnen zu. Ein weiteres Viertel greift auf selbstfinanzierte Haushaltshilfen zurück. Auch hier gibt es einen Corona-Effekt. Die Mehrbelastungen durch den Wegfall von Dienstleistungen und Hilfestrukturen betreffen 40 % der pflegenden Angehörigen.

Die Freizeitgestaltung ist ein schwieriger Bereich. Ein Drittel der Betroffenen hat keine Zeit, sich zu entspannen bzw. sich sportlich zu betätigen. 11 % haben nie Zeit für Kontakte zu Familien, Freunden oder Nachbarn. Zu dieser Zeitnot kommt eine finanziell schwierige Situation hinzu. 44 % der pflegenden Angehörigen haben ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze. Auch hier haben – wie bei den Alleinerziehenden – unterstützende Dienste und finanzielle Hilfen eine große Bedeutung, um eine bessere gesellschaftliche Integration erreichen zu können.

Julian Kull (LiSL-NRW): Ich möchte das Thema „soziale Isolation und Einsamkeit in der Gruppe der LSBTTIQ“ – insbesondere im Hinblick auf junge und ältere Menschen – beleuchten. Einer Studie aus 2018 zufolge sind mehr als 7 % der Bevölkerung in Deutschland lesbisch, schwul, bisexuell oder transgeschlechtlich. Auf NRW bezogen sind das etwa 1,3 Millionen Menschen, die sich als „LSBTTIQ“ identifizieren. Bei den Jüngeren macht sich das besonders im gesellschaftlichen Leben bemerkbar. Hier sind etwa 11,2 % lesbisch, schwul, bisexuell oder transgeschlechtlich.

Eine Pilotstudie des Deutschen Jugendinstituts – „Coming out – und dann ...?!“ zeigt auf, dass diese Jugendlichen es als deutlich belastend empfinden, wenn sie sich –

dabei geht es um ihr inneres Coming-out – ihrer sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Zugehörigkeit bewusst werden. Viele versuchen aus Sorge vor unangenehmen Reaktionen der sozialen Umwelt, über einen langen Zeitraum ihre wahren Gefühle zu unterdrücken. Jedoch gaben acht von zehn Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen an, dass sie beim Öffentlichmachen – dabei geht es um das äußere Coming-out – aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtszugehörigkeit Diskriminierung erfuhren. Aus dem schulischen Bereich ist bekannt, dass dies ein deutliches Risiko für junge Lesben, Schwule und Bisexuelle beinhaltet.

Am schwersten jedoch haben es die trans- und intergeschlechtlichen Jugendlichen. 80 % der homosexuellen und transidenten Schüler*innen gaben einer Studie zufolge an, aufgrund geschlechtlicher oder sexueller Identität in der Schule Belästigungen ausgesetzt zu sein. 70 % davon fühlen sich in der Schule sogar bedroht. Selbst Lehrer*innen sind laut den in dieser Studie veröffentlichten Interviews nur bedingt willens oder in der Lage, angemessen mit gendervarianten Jugendlichen umzugehen, Diskriminierungen wahrzunehmen und dagegen vorzugehen.

Nach dieser Studie ist es für Jugendliche entscheidend zu merken, dass sie nicht allein dastehen, warum sie nicht wie „Gay in the village“ sind. Entscheidend für sie ist auch, dass sie Menschen finden, mit denen sie sich über ähnliche Erlebnisse austauschen und erste Beziehungen aufbauen können.

Das Internat hat über Websites und soziale Medien zwar neue Möglichkeiten der Information und Vernetzung sowie auch eines Datings geschaffen, die es vor 20 Jahren noch nicht gegeben hat. Dies ersetzt aber die Begegnungen im realen Leben nicht. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass es in den Kommunen LSBTTI-Jugendzentren gibt, dass Beratungsangebote finanziert und Schulaufklärungsprojekte unterstützt werden. Hier ist NRW im Vergleich zu den anderen Bundesländern sehr gut aufgestellt. Doch das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es gerade auf dem Land viele LSBTTIQ-Jugendliche gibt, die null Angebote haben. Schwule, lesbische und transsexuelle Jugendliche leben aber nicht nur in den Großstädten, sondern auch im Hochsauerlandkreis, in Steinfurt oder in der Eifel. Der Drang hin zur Großstadt ist in diesem Alter noch keine Lösung.

Diese Situationen und Erlebnisse betreffen aber nicht nur Jugendliche, sondern die Angehörigen aller Generationen – gerade auch schwule Senioren, die in der Zeit des § 175 sozialisiert worden sind. Diese Angehörigen dieser Generation sind jetzt in einem Alter, wo sie ohnehin von Einsamkeit betroffen sind. Die meisten haben keine Kinder. Gleichzeitig sind die allermeisten Angebote der Altenarbeit und auch die in Pflegeheimen nicht LSBTIQ-sensibel. Sie sind in der Regel selbstverständlich heteronormativ.

Beispielsweise stellt bei unseren Senior*innen die Zugänglichkeit zu Betreuungsangeboten eine Schwierigkeit dar. Vor allem die landesweite Fachberatung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in der Senior*innenarbeit bietet hier einen großen Mehrwert. Deshalb können wir von LiSL-NRW von Überlegungen, diese Förderung zu streichen oder zu minimieren, nur abraten. Im Gegenteil wäre es erforderlich, die Senior*innenarbeit jeder Kommune um eine LSBTIQ-Dimension zu erweitern.

Lassen Sie mich abschließend ein Fazit ziehen. In den letzten Jahren haben wir viel für LSBTIQ-Personen gemacht. Es ist jedoch notwendig, dass wir Berater*innen – vor allem inter- und transgeschlechtliche – ausbilden und diese finanzieren, da in diesem Bereich nach wie vor große Lücken bestehen.

Für LSBTIQ-Menschen ist der Zugang zu einer Community einer der wichtigsten Aspekte; denn diese stellt für viele einen riesigen Schutzraum dar. Viele Betroffene mussten aufgrund von Ablehnung oder Ausgrenzung den Kontakt zum nächsten Familienkreis abbrechen, weshalb für viele LSBTIQ-Jugendliche der Freundeskreis den engsten Familienkreis darstellt. Zudem erhöht die Zugänglichkeit zur LSBTIQ-Gemeinde sowie der positive Blick auf geschlechtliche und sexuelle Identität die psychische Stabilität. An dieser Stelle setzen Angebote wie zum Beispiel die der Senior*innenarbeit und LSBTIQ-Jugendtreffs an.

Ein unterstützendes Umfeld, eine sensible Gesellschaft und der Zugang zu medizinischen Maßnahmen gelten daher als Schutzfaktoren gegen psychische Erkrankungen sowie selbstverletzendes und suizidales Verhalten. Die Anzahl von Suiziden sowie psychischen Erkrankungen in der Community sind jedoch immer noch erschreckend hoch. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten arbeiten Mitarbeiter*innen, Berater*innen und Lehrer*innen häufig intuitiv sinnvoll und mit großem Einsatz für die Betroffenen. Jedoch werden diese nicht ausreichend für bestimmte Situationen in ihrer Tätigkeit ausgebildet oder sensibilisiert. Dies ist insbesondere aufgrund der erhöhten Vulnerabilität der betreffenden Personengruppe ein Missstand, der – gerade was die Lehreraus- und -fortbildung angeht – zeitnah behoben werden sollte.

Wir empfehlen, dass Anlaufstellen und dadurch entstehende Schutzräume für LSBTIQ-Jugendliche systematisch weiter gefördert werden, um parallel eine schrittweise Sensibilisierung der Gesellschaft sowohl durch die Politik zu erreichen.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Ich höre gerade, dass es jetzt den Versuch einer telefonischen Verbindung zu Frau Hofmann gibt. – Ich bekomme gerade die Rückmeldung, dass das wohl noch ein wenig dauern wird, so dass wir jetzt erst einmal zum Frageteil kommen sollten. – Ich erteile Frau Oellers das Wort.

Britta Oellers (CDU): Ich fange mit meinen Nachfragen bei Herrn Dr. Spörke an. – Ich unterstütze die Ansicht, dass man in Bezug auf Barrierefreiheit in den unterschiedlichsten Bereichen sicherlich mehr tun könnte. Das Thema „Behinderung“ sollte deshalb bei uns in der Enquetekommission insofern ein Schwerpunkt sein, als man das unter einem anderen Blickwinkel betrachten muss.

Hinsichtlich eines von Ihnen vorgetragenen Punktes – dabei ging es um Förderschulen – war ich ein wenig irritiert. Zu diesem Thema habe ich eine andere Auffassung. Sie sagten, dass die Zahlen der Schüler ansteigen. Das sei ein Indikator dafür, dass das in Bezug auf Einsamkeit eher unterstützend wirken würde. Ich würde es so interpretieren: Wenn ein Förderbedarf besteht und die Schüler sich in einer Schulform befinden, wo sie eine größere Unterstützung bekommen, würde das aus meiner Sicht die Einsamkeit mehr reduzieren, als wenn sie im Rahmen eines großen Schulsystems beschult werden und gegebenenfalls in Bezug auf die dort geforderten Leistungen nicht

mithalten können. Auch andere Gründe könnten dagegen sprechen. Ich kann Ihre Auffassung, dass die Schülerzahl ein Indikator für Einsamkeit sei, so nicht nachvollziehen. Ich glaube, dass es eine Erkenntnis ist, dass das nicht unbedingt zutrifft.

Frau Leitner sprach die pflegenden Angehörigen an. Auch ich sehe es so, dass es sich bei ihnen um eine größere Gruppe handelt, die wir mehr in den Blick nehmen müssten. Können Sie noch einmal ausführen, welche Möglichkeiten Sie sehen, da Verbesserungen herbeiführen zu können? Es gibt auf diesem Gebiet Angebote. Aus meiner persönlichen Erfahrung heraus habe ich erkannt, dass die vorhandenen Angebote manchmal nicht angenommen werden. Das geschieht nicht, weil das Geld oder Informationen fehlen, sondern weil gerade auch ältere Menschen so gestrickt sind, dass sie sagen: Es geht schon. Und die Familie antwortet darauf: Ja gut, wenn du das so sagt, dann ist es so. – Ich behaupte einmal, dass es viele Möglichkeiten gibt, dass viele Menschen aber leider nicht eine angebotene Hilfe annehmen.

Frau Stroop sprach alternative Wohnprojekte für Alleinerziehende an. Können Sie genauer definieren, wie solche Projekte aussehen könnten? Was wäre da zu tun?

Stephen Paul (FDP): Im Namen der Fraktion der Freien Demokratischen Partei möchte ich mich für die Beiträge der Sachverständigen bedanken. Ich kann das, glaube ich, auch im Namen der CDU und der anderen Fraktionen tun. Das hat unsere Diskussion sehr bereichert.

Ich habe eine Frage an Herrn Kull, der die Betroffenen in unterschiedlichen Lebensphasen angesprochen hat. Er sprach über die Situation von Kindern und Jugendlichen, aber auch über die von Seniorinnen und Senioren. Dabei hat er auf die Unterschiede zwischen Großstädten und kleineren Städten bzw. dem ländlichen Raum abgehoben.

Sie haben auch dafür geworben, dass Politiker und andere Vertreter des öffentlichen Lebens für die Belange der angesprochenen Bevölkerungsgruppen mehr gesellschaftliche Akzeptanz schaffen. Wie könnte das näher aussehen? Ich wäre an Beispielen interessiert, wie man das machen könnte. Sie hatten die Lebenslagen im ländlichen Raum als eher problematisch geschildert. Die Mehrheit der Angehörigen der Bevölkerungsgruppen in Nordrhein-Westfalen, über die Sie uns berichtet haben, lebt eher in kleinen und mittleren Städten sowie im ländlichen Raum. Zehn Millionen Menschen – das ist die Mehrheit der Bevölkerung – leben abseits der Großstädte bzw. der Ballungsräume. – Wir sind auch da im Hinblick auf weitere Anregungen offen.

Josef Neumann (SPD): Auch von meiner Seite bzw. vonseiten der SPD-Fraktion aus herzlichen Dank für Ihre Berichte. – Ich habe noch ein paar Nachfragen an Frau Stroop und Herrn Spörke, die ebenfalls in die Richtung gehen, welche die Kollegin Oellers bereits angesprochen hat. Dabei geht es um das Thema „Wohnen“, und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Barrierefreiheit. Sie sprachen von alternativen Wohnprojekten. Ich stelle mir vor, dass, wenn es um Einsamkeit und Isolation geht, durch alternative Projekte im Bereich des Wohnens ein anderer Effekt erzielt werden kann. Können Sie das genauer beschreiben? Es ist, glaube ich, unumstritten, dass das Thema

„Barrierefreiheit“ hierbei eine Rolle spielt. Was aber bedeuten alternative Wohnprojekte im Bereich des Kampfes gegen Isolation und Einsamkeit?

Frau Stroop, Sie haben mehrere Punkte aufgelistet, bei denen es um die Frage der Rahmenbedingungen für Alleinerziehende ging. Können Sie konkret beschreiben, was Sie in Bezug auf die Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Alleinerziehende erwarten? Was ist erforderlich, damit diese Verbesserungen dazu führen, dass nicht zu viele Menschen ohne entlastende Angebote dastehen?

Herr Spörke, es gibt sehr viele unterschiedliche Formen von Menschen mit Behinderung. Gibt es bestimmte Gruppen von Menschen, für die man Ihrer Ansicht nach etwas Besonderes tun müsste?

Frau Professor Leitner machte Ausführungen zu den pflegenden Angehörigen. Wir wissen, dass es sich dabei größtenteils um Frauen handelt, die in enormem Ausmaß die Pflege ihrer Angehörigen durchführen. Welche Bedeutung hat dieser Umstand für das berufliche Umfeld? Welche Nachteile gibt es für diese Menschen im Hinblick auf ihr Nichtfortkommen im Beruf? Ich meine damit spätere Auswirkungen auf Einkommen und sonstige Dinge.

Herr Kull hat den § 175 angesprochen. Können Sie sagen, über wie viele Menschen in Nordrhein-Westfalen wir in diesem Zusammenhang sprechen? Müsste es für diese Gruppe, deren Angehörigen ein schweres Leid zugefügt wurde, nicht besondere Angebote jenseits dessen geben, was sie im Hinblick auf die Problematik in ländlichen Regionen angesprochen haben?

Arndt Klocke (GRÜNE): Vielen Dank für Ihre Statements. – Ich fand die Ausführungen von Herrn Spörke sehr interessant. Zu einem späteren Zeitpunkt werde ich im Hinblick auf den Umstand, dass ich verkehrspolitischer Sprecher sowie Sprecher für Bauen und Wohnen meiner Fraktion bin, noch einmal auf Sie zurückkommen. Die Barrierefreiheit im ÖPNV beschäftigt uns schon lange. Dabei betrifft die verschiedenen Programme des Landes wie beispielsweise MOV 1 bis MOV 3, bei denen es um die Modernisierung der Bahnhöfe geht. Vielleicht können wir uns an anderer Stelle darüber einmal austauschen. Dieses Thema ist mit Sicherheit ein Dauerbrenner, was aber nichts mit der politischen Farbgebung irgendeiner Regierung zu tun hat. Vielmehr beschäftigen sich damit viele Menschen. Da ist in den nächsten Jahren noch sehr viel zu tun.

Ich habe eine Frage an Sie zum barrierefreien Wohnen. Auch über diese Frage haben wir im Landtag an verschiedenen Stellen diskutiert. Stephen Paul hat sich intensiv damit beschäftigt, als es um die Novellierung der Landesbauordnung ging. Dabei ist uns immer wieder aufgefallen, dass es auf diesem Gebiet in den Regionen bzw. Städten nicht die erforderliche statistische Grundlage für die Planung von neuem Wohnraum gibt. Die Vorgängerregierung hat gesagt, dass nach der Landesbauordnung jede achte oder zehnte Wohnung rollstuhlgerecht sein müsse. Darum haben wir intensiv gerungen. Die jetzige Regierung hat das wieder zurückgeführt. Die Frage steht aber weiterhin im Raum. Sie haben das im Sommer – ich fand das sehr spannend – in einen Zusammenhang mit Einsamkeitsphänomen und psychischer Belastung gebracht. Können Sie uns einen Hinweis in Bezug darauf geben, was bei der Berücksichtigung der Bedarfe

hilfreich wäre? Dabei geht es auf der einen Seite um die Sanierung von Wohnraum, auf der anderen Seite um Neubau. Wir benötigen auf diesem Gebiet – das wäre hilfreich für uns – einen Näherungswert. Das wäre spannend für die Enquetekommission, aber auch im Hinblick auf die Arbeit in anderen Bereichen. Diese Arbeit ist kein Selbstzweck, sondern wir möchten, dass sich in diesem Land politisch etwas bewegt.

Herr Kull sprach das Thema „Schule und Jugend“ an. Gerade die Schule ist – auch wenn jetzt gerade kein Präsenzunterricht stattfindet – im Hinblick auf die Entwicklung junger Menschen ein zentraler Ort. Was müsste es hier zusätzlich zu den jetzigen Angeboten noch geben? Es gibt Projekte wie „SCHLAU NRW“, „Schule der Vielfalt“ usw., wo Schulen auf Aufklärungsprojekte zurückgreifen können. Dabei geht es aber auch um einen flächendeckenden Ansatz. In den 80-er Jahren war ich ein „Small-town-Boy“. Das gleichnamige Lied – es ist bis heute ein populärer Hit – beschreibt die entsprechende Lebenssituation sehr gut. Mir jedenfalls ist das Thema bei der Schul- und Jugendarbeit überhaupt nicht begegnet. Heute ist das anders – aber nur teilweise. Die Rückmeldungen, die ich habe, besagen, dass die Situation insbesondere im ländlichen Raum weiterhin schwierig ist. Wenn man das Glück hat, in der Innenstadt von Köln – möglichst noch in einer liberalen und weltoffenen Familie – zur Welt zu kommen, mag das anders sein. In Ostwestfalen und im Sauerland beispielsweise ist es weiterhin problematisch. Es kommt aber auch noch darauf an, in welchem Milieu man aufwächst bzw. wie die kirchliche – vor allem katholische – Prägung ist. Die Suizidraten in den entsprechenden Gebieten sind bis heute um ein Mehrfaches höher als woanders. Gerade bei jungen Menschen gibt es häufig schwere psychische Belastungen bzw. Depressionserkrankungen. Frau Oellers, wenn Sie dazu gegenteilige Informationen haben, können Sie mir die gerne zukommen lassen.

Ich bin jetzt seit 30 Jahren auf diesem Gebiet unterwegs. Meine Erkenntnis ist jedenfalls, dass wir weiterhin Parallelgesellschaften haben. Menschen, die nicht heterosexuell sind bzw. binär aufwachsen, können – das ist jedenfalls teilweise der Fall – eine schwere psychische Belastung mit in ihr Leben nehmen. Wir sind hier zusammengetroffen, um darüber zu diskutieren, in welcher politischen Form das abgebaut werden kann.

Bei den älteren Menschen geht es auch um die Frage, wie man bestimmte Dinge besser in der Altenpflege – es gibt da die stationäre Pflege und offene Altenarbeit – implementieren kann.

Prof. Dr. Torsten Bölting (Sachverständiger EK IV): Ich habe eine Frage an Frau Stroop. Mit Interesse habe ich den Hinweis in Bezug auf alternative Wohnformen gehört. An verschiedenen Stellen habe ich mit diesem Themenfeld zu tun gehabt. Dabei ging es eher um den Bereich der altersgerechten Wohnformen. Ist es nicht eigentlich eher Wunsch, dass es sich dabei um gemischte Projekte handeln sollte, wo unterschiedliche Lebensstile bzw. Lebensformen zusammenkommen? Oder äußern die von Ihnen vertretenen betroffenen Personen eher den Wunsch, dass sie dort – beispielsweise mit mehreren Alleinerziehenden – unter sich sein wollen? Es interessiert mich, in welcher Form die Wünsche ausgeprägt sind. Gibt es dazu Informationen?

Herr Klocke, die Zahlen in Bezug auf barrierefreies Wohnen stellen, denke ich, ein großes Thema dar. Wir haben an verschiedenen Stellen darüber nachgedacht. Mir sind solche Zahlen auch nicht bekannt. Deshalb bin ich an der Beantwortung der Frage interessiert, wie wir uns der Bedarfsgröße systematisch annähern können, um das einmal quantitativ umreißen zu können. In jeder Kommune stellt sich immer wieder die Frage: Wie viele Wohnungen haben wir überhaupt, die den Anforderungen entsprechen könnten? Daraus kann abgeleitet werden, wie viele Wohnung möglicherweise noch gebraucht werden. Auch geht es um die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass Menschen, die eine Wohnung brauchen, sie auch bekommen. Dabei kann es sich beispielsweise um barrierefreie Wohnungen handeln. Dies Problem ist nicht trivial zu lösen.

Susanne Bücker (Sachverständige EK IV): Ich habe eine Frage an alle Sachverständigen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um präventiv gegen Einsamkeit in den von Ihnen angesprochenen Gruppen vorgehen zu können? Was ist nötig, um eine alleinerziehende Person bereits beim Übergang von einer möglichen Paarbeziehung hin zum Status einer Alleinerziehenden bzw. eines Alleinerziehenden so zu unterstützen, dass sie möglichst frühzeitig ein eigenes soziales Netzwerk aufzubauen kann, das dazu führt, dass Einsamkeit gar nicht erst entsteht? Wir sprechen häufig zu viel darüber, was wir tun können, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Vielleicht wäre es sinnvoll, hier den Blick auf eine etwas frühere Phase zu richten.

Wir haben in der letzten Sitzung über das „MindMatters“-Programm gesprochen. Im Zusammenhang mit diesem Programm wird sehr viel darüber diskutiert, wie Lehrkräfte besser aufgestellt werden können, um Menschen, die von einer psychischen Erkrankung bedroht sind bzw. Mobbing erfahren machen, möglichst gut auszubilden. Sehen Sie im Hinblick darauf schon konkrete Projekte, die weiter ausgebaut werden müssten, um sehr frühzeitig der Einsamkeit vorzubeugen?

Thomas Hax-Schoppenhorst (Sachverständiger EK IV): Ich habe eine Frage an Frau Stroop, bei der es um die Unterstützung haushaltsnaher Dienstleistungen geht. Gibt es da Erfahrungen bzw. Empfehlungen im Hinblick darauf, was getan werden muss? Sie sagten gerade, dass das Geld – neben der Zeit – hier eine zentrale Rolle spielt. Was soll und kann man machen, damit es auf diesem Gebiet Entlastung gibt?

Ich knüpfe an das an, was Herr Klocke gerade zum ÖPNV sagte. Frau Hofmann, Sie sprechen in Ihrem Bericht von den StadtCards. Das hat mich neugierig gemacht. Welche Erfahrungen konnten Sie sammeln, was diesen Bereich angeht? Haben Sie lokale Erfahrungen gemacht?

Dann möchte ich noch eine Anmerkung zu der Berichterstattung der anderen Kolleginnen und Kollegen machen. Mich hat relativ erstaunt, dass in zwei Stellungnahmen vermerkt wurde, dass sich das Wegbrechen der kirchengemeindlichen Angebote nicht prägnant auf das Einsamkeitserleben von alten Menschen auswirkt. Ich mache da eine ganz andere Erfahrung. Das Gleiche gilt gerade für eine Kombination zwischen kirchlichen Angeboten im ländlichen Bereich und dem ehrenamtlichen Engagement. Ich

wäre fast geneigt zu widersprechen bzw. anzuregen, dass man da noch einmal eine Feinkörnigkeit vornimmt.

In dem Bericht der Freien Wohlfahrtspflege steht wörtlich: „Verknüpfung von Einsamkeit und Scham ist nicht schlüssig.“ An Frau Hofmann und Frau Professor Leitner gerichtet möchte ich feststellen, dass ich das nicht so sehe. Auf Grundlage meiner Arbeit in Altenheimen und gerontopsychiatrischen Einrichtungen bin ich der Auffassung, dass es sehr wohl eine Schamproblematik bei Menschen gibt, die sich von ihren Angehörigen und dem ihnen bekannten Umfeld nicht hinreichend wahrgenommen fühlen und sich – ich behaupte das einmal so – schämen. Aufgrund dieser Scham können sie ihre Einsamkeit nicht artikulieren. Ich bin relativ überzeugt davon, dass in Bezug auf diese Behauptung etwas stimmig bzw. schlüssig ist.

Meine letzte Frage geht an Herrn Dr. Spörke. In dem Bericht, den ich übrigens mit großem Interesse gelesen habe – ich war davon beeindruckt –, gehen die Autorinnen und Autoren sehr präzise auf die Corona- und die Nach-Corona-Zeit ein. Es werden gleich mehrere Studien angeführt. Auf Seite 42 heißt es als Fazit: Mit der Situation der Einsamkeit kommen die Menschen ganz gut klar. – Es gibt die Beobachtung aus der psychiatrischen Landschaft, dass es schon jetzt einen großen Run auf die Beratungs- und Hilfsangebote sowie auch auf die stützenden Angebote gibt. Die Ansicht, dass die Menschen mit Einsamkeit gut klarkommen, teile ich nicht unbedingt. Teilen Sie mit mir die Auffassung – Sie erwähnten auch die Angst- und Depressionsproblematik –, dass wir den Scherbenhaufen erst sehr viel später werden zusammenkehren müssen oder können? Wir kennen es auch von anderen krisenhaften Entwicklungen – ich nenne zum Beispiel Kriege und Naturkatastrophen –, dass sich die eigentliche Reaktion sehr häufig erst dann einstellt, wenn – ich darf das einmal so ausdrücken – der Spuk vorbei ist?

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich habe gerade vergessen, eine Frage an Frau Professor Leitner zu stellen. Sie betonte in Ihrer Stellungnahme, dass Alleinerziehende durch ihre Erziehungstätigkeit eine hohe Belastung haben und unzufrieden mit ihrer Gesundheit sind. Können Sie uns konkret darstellen, inwieweit soziale Isolation und das Einsamkeitsphänomen eine so starke Rolle spielen, dass man – mit Bezug auf die von den Betroffenen wahrgenommenen Belastung – auf dem Gebiet der Gesundheit intervenieren müsste?

Ich möchte dann noch einen Hinweis geben: In Köln gibt es die Zeitschrift „KölnerLeben“, die vom Gesundheitsamt der Stadt mit herausgegeben wird. Sie liegt in allen möglichen Arztpraxen und Physiotherapeutenpraxen aus. In der aktuellen Ausgabe dieser Zeitschrift wird das Thema „Einsamkeit“ behandelt. Ich saß neulich in einer physiotherapeutischen Praxis und sah dort diese Zeitschrift. Auf der Titelseite stand „Einsam Nein Danke“. Die Unterüberschrift lautete: „Wege aus der Isolation“. In dem Artikel ging es um die Einsamkeit als ein Phänomen unserer Zeit. – Unser wissenschaftlicher Mitarbeiter kann einmal schauen, ob wir einen PDF-Link organisieren und dem Vorsitzenden schicken können. Das wäre, glaube ich, für die Dokumentation und die eigene Fortbildung nicht uninteressant.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Immer gerne! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, möchte aber gerne selbst noch einige Fragen stellen. Meine erste Frage, die sich an die Wortmeldung von Herrn Neumann schließt, geht an Herrn Dr. Spörke. Bei denjenigen, die bei meiner ärztlichen Tätigkeit mit einem Schwerbehindertenausweis vor mir saßen, handelte es sich um eine sehr bunte Ansammlung von Menschen. Gibt es Gruppen, die besonders unter Einsamkeit leiden? Wie könnte ein Gesamtpaket aussehen, damit am Ende niemand hinten runterfällt?

Meine zweite Frage richte ich an Frau Professorin Dr. Leitner. Sie hat, wie ich finde, einen superdeskriptiven Vortrag gehalten. Mich interessiert – weil das im Hinblick auf die Zukunft eine geradezu drängende Frage sein wird –, wie man gerade die Pflege zu Hause so organisieren kann, dass so etwas wie gesellschaftliche Teilhabe stattfindet, damit eine soziale Isolation zu Hause nicht in der Art und Weise zu einem drängenden Problem wird, wie Sie es sehr eindrücklich beschrieben haben.

Dann habe ich noch Fragen an Herrn Kull. Es ist dramatisch, wie die Suizid-Zahlen insbesondere im Bereich der Trans- und Intersexualität anwachsen. Daraus kann logischerweise das Konzept der Schutzräume abgeleitet werden. Dennoch finde ich es irgendwie unbefriedigend, dass wir in einer Gesellschaft leben, wo sich Menschen scheinbar in Schutzräume zurückziehen müssen. Was muss denn passieren, damit das nicht mehr der Fall ist? Was kann die Mehrheitsgesellschaft machen, damit sich bestimmte Gruppe nicht mehr in Schutzräume zurückziehen müssen?

Ich bekam eine Rückmeldung insbesondere in Bezug auf den Bereich älterer homosexueller Männer. Dort spiele Einsamkeit eine sehr starke Rolle. Was kann innerhalb der homosexuellen Community an Arbeit geleistet werden, damit dieses Phänomen nicht mehr im jetzt vorhandenen Ausmaß vorhanden sein wird?

Ich schlage vor, dass wir Frau Hofmann jetzt vorziehen, damit sie die Möglichkeit hat, die ersten Fragen und ihr Eingangsstatement zu halten. Dann können wir mit Herrn Kull und den anderen Sachverständigen fortfahren.

Michaela Hofmann (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen): Ich möchte Ihnen mein Statement ersparen, denn ich fände es ein wenig merkwürdig, es nachzuholen. Vielmehr möchte ich lieber auf die mir gestellten Fragen eingehen, um anschließend Aspekte einzubringen, die uns als Freie Wohlfahrtspflege wichtig sind.

Sie fragten, warum wir es abgelehnt haben festzustellen, dass es einen engen Zusammenhang zwischen Scham und Einsamkeit gibt. Das lehnen wir gar nicht ab. In unserer Beantwortung haben wir gesagt, dass das für uns nichts mit Individualisierung zu tun hat und dass Einsamkeit natürlich auch schambesetzt sein kann. Etwas, worüber man sich schämt, macht auch einsam. Das ist unbestritten. Die Betroffenen leben einzelner bzw. individualisierter. Wir haben da aber keinen Zusammenhang gesehen. Die Individualisierung allein – das sagen wir als Freie Wohlfahrtspflege – ist für uns nicht unbedingt maßgebend im Hinblick auf soziale Isolation oder Einsamkeit.

Folgendes möchte ich Ihnen von unserer Seite aus noch einmal nahebringen: Wir sagen, dass Einsamkeit ein komplexes Phänomen ist. Es gibt keinen einfachen Zusammenhang

zwischen Ursachen und Wirkungen. Deshalb bitten wir darum, dass man das sehr differenziert betrachtet und im Hinblick auf die Lösungen, die man jetzt erarbeitet, nicht meint, dass Einsamkeit vielleicht etwas mit Vereinzelung zu tun und man sehen muss, dass nur Kontakte hinzugefügt werden. Damit ist das Problem aber nicht erledigt. Vielmehr ist es vielfältig; denn Menschen erleben Einsamkeit bzw. Alleinsein sehr unterschiedlich. Manche erleben das manchmal auch als Befreiung. Wenn eine Alleinerziehende ihre Kinder am Wochenende gut versorgt weiß, erlebt sie ihr Alleinsein vielleicht als ein Stück Freiheit und etwas Positives. Genauso gut kann die Alleinerziehende aber Einsamkeit in ihrer Beziehung oder Lebenssituation stärker spüren, wenn es in ihrer Partnerschaft einen Konflikt gibt und ihre Kinder nicht da sind. Von daher müssen wir vielfältige Möglichkeiten finden, den Betroffenen zu helfen.

Was die StadtCards anbelangt, haben auch die anderen Sachverständigen schon gesagt, dass viel mit der finanziellen Situation der betreffenden Menschen zusammenhängt. Wenn jemand nur den Regelsatz bezieht und der ÖPNV zu teuer ist, kann er all die Möglichkeiten, die normalerweise zum gesellschaftlichen Leben gehören, nicht nutzen. Auch dadurch kann ein Mensch ein Stück weit in die soziale Isolation getrieben werden. In Köln gibt es den Köln-Pass, mit dem Kulturveranstaltungen, Bäder und auch der ÖPNV billiger genutzt werden können. Manchmal ist der Eintritt auch frei. So etwas sollte man flächendeckend hinbekommen. Kinder sollten die Möglichkeit haben, sämtliche öffentlichen Angebote kostenfrei zu nutzen. Dann können sie Dinge erleben, die ihnen etwas bringen. Dadurch können auch Kontakte mit anderen Menschen hergestellt werden. Es ist unser Wunsch, dass die Teilhabemöglichkeiten – wie zum Beispiel die StadtCards – etwas stärker forciert werden und zu schauen, wie das finanziert werden kann.

Des Weiteren fragten Sie noch nach den kirchlichen Zusammenhängen. Es geht um die Problematik, dass, wenn sich die Kirche ein Stück weit zurückzieht, mehr Einsamkeit entstehen kann. Wir haben festgestellt, dass es nicht nur die Evangelische und die Katholische Kirche gibt. Unsere Gesellschaft ist sehr plural. Es gibt viele Religionsgemeinschaften oder auch spirituelle Gemeinschaften. In dem Maße, in dem sich Kirche in Bezug auf einen bestimmten Punkt zurückzieht oder auch nicht mehr in gleichem Maße wie früher aufgesucht wird, entsteht teilweise etwas anderes bzw. eine andere Form von Gemeinschaft, auch von Gemeinschaftszusammenhängen. Auch deshalb muss man da genau hinschauen, um zu sehen, welche Leute was nutzen wollen. Nicht jeder möchte mehr die katholischen oder evangelischen Einrichtungen nutzen. Von daher sollte man eher fragen: Was brauchen die Menschen auch im ländlichen Raum – weniger an Religionsgemeinschaften festgemacht – an Sozialraum- und Kontaktangeboten, um miteinander in Beziehung treten zu können?

Es sollte – das ist mir wichtig – darauf geachtet werden, dass die finanziellen Grundlagen – wir merken das immer wieder – ein ganz wichtiger Punkt sind. Finanzielle Möglichkeiten helfen nicht unbedingt immer, ein individuelles oder subjektives Einsamkeitsempfinden zu beseitigen. Auch ist nicht gesagt, dass die Betroffenen mit mehr Geld besser umgehen können. Wenn aber jemand kein Geld hat, hat er aber überhaupt keine Möglichkeiten. Von daher ist es auch eine wichtige Forderung der Freien Wohlfahrtspflege, endlich die Regelsätze zu erhöhen, um mit dazu beizutragen, dass die betroffenen Menschen vernünftig wohnen können. Der Wohnraum ist knapp und

teilweise sehr teuer. Wenn die Menschen aufgefordert werden, ihre Wohnung zu verlassen, weil die Miete nicht mehr mit dem Hartz-IV-Satz bzw. mit den Kosten für die Unterkunft übereinstimmt, geraten sie ebenfalls in soziale Isolation.

Auch die Digitalisierung darf auch nicht vergessen werden. Wir müssen mit dafür Sorge tragen, dass die betroffenen Menschen ein Endgerät haben, damit auch ihre Kinder in der Schule mithalten können. Ansonsten wird ein Kreislauf in Gang gesetzt, der dazu führt, dass immer mehr Menschen abgehängt werden. In dem Zusammenhang weise ich auf das Onlinezugangsgesetz hin. Menschen müssen, um miteinander in Kontakt zu treten, über ein Smartphone bzw. digitale Endgeräte sowie auch über die entsprechenden Kompetenzen verfügen.

Julian Kull (LiSL-NRW): Im Hinblick auf die älteren Menschen gibt es bei LSBTTIQ das Problem, dass fast keine Studien dazu vorliegen. Mir fallen nur vier europäische ein. Dementsprechend ist es schwierig, jetzt eine Zahl zu den in NRW nach § 175 verfolgten Menschen zu nennen. In dem Zusammenhang verweise ich auf die Kollegen der Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren. Viele der Betroffenen sind aber bereits verstorben.

Was kann in der Community geschehen? Das ist eine sehr schwierige Frage. Die Community ist in meinen Augen immer unvorhersehbar. Es geht bei ihr aber auch um Förderung und Sichtbarkeit. In dem Zusammenhang ist es erforderlich, mehr Angebote zu schaffen. In den Städten haben wir für Jugendliche Angebote wie das „anyway“. Wir haben die Kneipen bzw. Stammtische. Auch haben wir größere Veranstaltungen wie beispielsweise den „Come-Together-Cup“, mit dem auch sehr viele Senioren mit angelockt werden. Die sieht man im ländlichen Raum fast gar nicht; sie sind einfach nicht vorhanden. Das sieht man auch anhand der Zahlen. Schwule und Lesben – das gilt generell für die Community – ziehen sich eher in die Ballungsräume zurück. Das ist schon in den Vorstädten sichtbar. Einer Studie zufolge identifizieren sich in Köln 13,7 % der Einwohner als lesbisch, schwul, bisexuell oder transsexuell. Da sind aber alle anderen nicht mit gefragt worden. In der Eifel sind es 4 % bis 6 %, und in den Randbezirken – zum Beispiel in Chorweiler – befinden sich 0,1 % in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft.

Die Schulen stellen das größere Problem dar. In der Studie „Coming-out and dann ...?!“ geht es um die Frage, wie sich Lehrer zum Beispiel bei Gebrauch von Schimpfwörtern wie „Schwuchtel“, „schwul“, „Transe“ oder „Lesbe“ verhalten haben. Von 5.000 Befragten haben das 42,8 % geduldet. Sie haben darauf also nicht reagiert. Und das bei den Lehrern! Bei den Mitschülern waren es – diese Zahl ist deutlich höher – 60 %. Manchmal wurde bei den Lehrern – zu 35 % – darauf reagiert. Bei den Lehrern bzw. bei den Menschen, die als Ansprechpartner fungieren und reagieren, müsste deutlich mehr passieren. Das heißt, es müsste eine Sensibilisierung erfolgen. In der Ausbildung muss deutlich mehr geschehen.

Der Abgeordnete Klocke sprach bereits an, dass die Initiative „SCHLAU NRW“ in dieser Hinsicht einen Riesenaspekt darstellt. Dass diese Initiative durch das Land NRW bereits gefördert wird, ist super. Da muss aber mehr passieren. Es muss viel früher ankommen. Ich bin in Bayern großgeworden. Damals habe ich so etwas nicht erlebt.

Während meiner gesamten Schulzeit habe ich nicht einmal einen Unterricht bezüglich Homosexualität gehabt. Meine Aufklärung geschah über das Internet. So passiert es auch bei sehr vielen Jugendlichen. Warum sind mehr Jugendliche LSBTIQ? Weil sie über Wörter verfügen, mit denen sie sich identifizieren und herausfinden können, was sie sind. Sie können ihre Gefühle in Worte ausdrücken und das einordnen. Man sieht, dass die entsprechenden Zahlen auch bei der Seniorengenerationen, deren Angehörige mehr mit Digitalisierung zu tun haben, gestiegen sind. Diejenigen, die sich später geoutet und festgestellt haben, dass sie schwul sind, konnten sich auf Grundlage der Worte, die sie gefunden hatten, identifizieren.

Ich komme zur Frage nach der Suizidalität. Die entsprechenden Zahlen – das hat auch der Abgeordnete Klocke festgestellt – sind schlimm. 51 % der Jugendlichen, die Ablehnung erfahren haben, berichten von Suizidversuchen. 40 % erklären, dass sie von ihren Eltern abgelehnt worden sind. Das heißt, dass mehr als 20 % der Jugendlichen, die LSBTIQ sind, von Suizidversuchen berichten. Das war aber bei nur 32 % derjenigen der Fall, deren Eltern mit Akzeptanz reagierten.

Wir müssen viel mehr mit Sichtbarkeit bzw. Aufklärung arbeiten und breit in die Fläche – auch auf das Land hinaus – gehen. Dort müssen Angebote geschaffen werden. Das ist das Problem. Ich sehe da Kommunen in der Pflicht, Veranstaltungen anzulocken oder zu versuchen, so etwas überhaupt zu implementieren. Dabei denke ich beispielsweise an den „Come-Together-Cup“ in Köln. Die Kommunen könnten sich vornehmen, eine Initiative in den Ort zu holen, wo zum Beispiel ein Stammtisch eröffnet werden könnte. Anfangs wird es schwierig sein, was das Annehmen solcher Initiativen angeht. In der Community ist das immer wieder Fakt. Jedoch ist so etwas ein Angebot, das in der Breite und in der Fläche angenommen werden würde. Das war bisher immer so der Fall.

Prof.'in Dr. Sigrid Leitner (Technische Hochschule Köln, Institut für Sozialpolitik und Sozialmanagement [ISSM]): Ich wurde gefragt, warum Angebote in Bezug auf die Unterstützung pflegender Angehöriger nicht angenommen werden. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Ein Grund ist, dass nicht ausreichende Informationen über diese Angebote bei den Angehörigen vorliegen. Obwohl wir bereits viele Informations- und Beratungsangebote zur Verfügung stellen, haben wir aus empirischen Studien immer noch die Rückmeldung der Angehörigen, dass es sich bei diesen Angeboten um einen sehr schwer durchschaubaren Dschungel handelt, in dem sie sich nur schwer zurechtfinden. Geld ist ein weiterer Indikator. Denn die Leistungen der Pflegeversicherung sind nicht kostendeckend, und die privaten Haushalte müssen einen hohen Anteil zuzahlen. Ich sagte bereits, dass 44 % der pflegenden Angehörigen – auch bei den Pflegebedürftigen ist der Prozentsatz hoch – Einkommen unterhalb der Armutsgrenzungsschwelle haben.

Des Weiteren gibt es pflegekulturelle Gründe. Eine Auslagerung im Rahmen der Familienpflege wird von den Pflegebedürftigen selbst oftmals nicht gewünscht. Dieses Problem, dass Hilfe von außen verweigert wird, kommt sehr oft bei Menschen mit einer Demenzerkrankung vor. Es kommt aber auch bei den pflegenden Angehörigen selbst

vor. Sie legen sich eine Selbstverpflichtung auf und meinen, dass sie keine Hilfe annehmen sollten.

Andere Probleme ergeben sich in Bezug auf die Passung unserer Angebote. Wir haben auch bei pflegenden Angehörigen die Situation, dass der Pflegedienst zum Beispiel nur zu einer bestimmten Uhrzeit kommen kann, was überhaupt nicht in den Tagesablauf der pflegebedürftigen Person sowie der Familie passt. Dann wird der Pflegedienst eben abbestellt.

Wir sprechen auch von einer Knappheit des Angebots. Wenn man derzeit versucht, einen Pflegedienst zu bekommen, wird man feststellen, dass das nicht möglich ist. Dann kommt noch dazu, dass Angehörige mit der Qualität nicht immer zufrieden sind.

Es handelt sich um einen ganzen Strauß von Gründen, warum Angebote nicht angenommen werden. Wir haben eine Studie erstellt, in deren Rahmen wir die sehr zentrale Forderung herausgearbeitet haben, dass ein frühzeitiges und zugehendes Case-Management auch und gerade für pflegende Angehörige benötigt wird. Das bedeutet, dass bei beginnender Pflegesituation nicht nur auf die Pflegebedürftigen geschaut wird, sondern auch auf die Angehörigen. Es sollte ein Assessment in Bezug auf die Frage gemacht werden: Was brauchen eigentlich Angehörige? Entsprechend sollten die benötigten entlastenden Dienste vermittelt werden. Dabei geht es sehr oft um die Koordination der Dienstleistungen für die Pflegebedürftigen. Wir haben keine Stelle, die eine Koordination der Pflege leistet. In den meisten Fällen bleibt es den Angehörigen überlassen, die das selber organisieren müssen. Damit sind aber viele überfordert.

Weiterhin wurde nach der Bedeutung der Angehörigenpflege für das persönliche Umfeld aus der Frauenperspektive heraus gefragt. Ein Großteil der pflegenden Angehörigen sind Frauen. Davon wiederum ist der größte Anteil zwischen 45 bis 55 Jahre alt. Diese Frauen befinden sich also im erwerbsfähigen Alter. Wir sehen aber, dass ein großer Teil von ihnen aufgrund ihrer Pflegeaufgabe die eigene Erwerbstätigkeit reduziert. Der Verlauf geht wie folgt vor sich: Je stärker die Belastung durch die Pflege wird, umso weniger Zeit bleibt für eine Erwerbstätigkeit, die dann im Verlauf der Pflege aufgegeben wird. Das führt zu Folgeproblemen. Dabei geht es einmal um die Anerkennung von Pflegearbeit durch die Rentenversicherung. Das wird nicht sehr hoch veranschlagt. Wenn die Pfl egetätigkeit beendet ist bzw. der Angehörige in eine stationäre Einrichtung kommt oder verstirbt, ist der Wiedereinstieg in das Berufsleben sehr oft schwer. Das hat dann Auswirkungen auf die Rentenpunkte. In dieser Hinsicht gibt es auch keine ordentliche Begleitung. Es müsste hier eine Beratung in Bezug auf einen besseren Wiedereinstieg geben.

Wir sehen auch, dass Frauen gesundheitlich – dabei geht es um einen Burn-out – stärker als Männer gefährdet sind. Sie gehen viel öfter an ihre Grenzen als Männer. Die Übergabe einer pflegebedürftigen Person in die stationäre Versorgung fällt Frauen meist sehr viel schwerer. Hier wäre ein frühzeitiges Case-Management, eine umfassende koordinierende Beratung und Organisation von Hilfe erforderlich, was dann aber langfristig fortgesetzt werden müsste. Es gibt dafür ein gutes Beispiel aus den Niederlanden, wo so etwas seit Jahren gemacht wird. Wir haben das nicht. Ich finde aber, dass es notwendig ist.

Weiterhin wurde gefragt: Welche präventiven Maßnahmen kann man ergreifen, um bei pflegenden Angehörigen Einsamkeit vorzubeugen? Ein ganz zentrales Thema ist die Selbstsorge der pflegenden Angehörigen. Wir sehen, dass viele Angehörige nicht für sich selber sorgen bzw. ihre Bedürfnisse immer hintenanstellen. Das ist ein ganz zentraler Punkt. Es gibt aber auch pflegende Angehörige, die sich um sich selbst kümmern bzw. sich Freiraum und Entlastung verschaffen. Die sind gesundheitlich und mental viel fitter und laufen nicht so leicht in einen Burn-out. Deshalb ist eine Verbesserung des Für-sich-selbst-Sorgens ein zentrales Thema. Es stellt sich aber die Frage: Wie kann man das erreichen? Ich denke, dass auch hier ein psychosozialer Anteil in der Pflegeberatung ein sehr wichtiges Element wäre.

Ich habe die religiösen Gemeinschaften, die Kirchengemeinden und das Ehrenamt erst einmal als wichtige Integrationsinstanzen der Gesellschaft verstanden. Für die betroffenen Gruppen der Alleinerziehenden ist es sehr schwierig, aufgrund starker zeitlicher Belastung überhaupt dazu zu kommen, wieder einmal in die Kirche zu gehen oder ein Ehrenamt auszuüben. Das ist einfach nicht drin, weil es aufgrund der Mehrfachbelastung erst einmal hintenansteht. Deswegen wird das – die Kirchengemeinde kann noch so gut sein – in dem Bereich nicht wirksam. Es ist vielleicht schon hilfreich, wenn der Impuls davon ausgeht, pflegenden Angehörigen durch niedrigschwellige Besuchsdienste ein paar Stunden Auszeit von der Pflege zu verschaffen. Man kann aber nicht erwarten, dass sie selbst in Kirchengemeinden oder diversen Ehrenämtern aktiv werden. Für die pflegenden Angehörigen ist Zeit der entscheidende Punkt. Das gilt in sehr starkem Maße ebenfalls für die Alleinerziehenden.

Alleinerziehende sind aufgrund zeitlicher, finanzieller und psychischer Belastungen mit der eigenen Gesundheit sehr unzufrieden. Es wurde gefragt, ob hier eine gesundheitliche Intervention angezeigt wäre. Bei der Beurteilung des eigenen Gesundheitszustandes geht es um die Frage, wie es um das subjektive Wohlbefinden insgesamt steht. Hier sind Interventionen angezeigt, durch die Alleinerziehende zeitlich und finanziell entlastet werden. Auch sollte ihnen vielleicht einmal ein sozialpsychiatrisches Gesprächsangebot gemacht werden. – Der Gesundheitszustand ist eine Folge der genannten Rahmenbedingungen.

Wie kann Vereinsamung von pflegenden Angehörigen vermieden werden? Wichtig ist meines Erachtens in diesem Zusammenhang, dass wir stärker in Richtung gemischter Pflegearrangements gehen. Gemischte Pflegearrangements bedeuten, dass pflegende Angehörige nicht allein für die zu erbringende Pflege verantwortlich sind. Vielmehr muss es immer professionelle, aber auch ehrenamtliche Anteile geben. Hier muss ein gutes Verhältnis gefunden werden, um die pflegenden Angehörigen davor zu bewahren, in einen Burn-out zu gehen. Sie sollten die Selbstsorge nicht vernachlässigen. All das kann mit einem guten Unterstützungssystem im Sinne des bereits beschriebenen Case-Managements erreicht werden.

Nicola Stroop (Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.): Ich bin dazu zwar nicht gefragt worden, möchte aber an die Ausführungen zur Gesundheit anknüpfen. Die Unzufriedenheit der Betroffenen bezieht sich im Zusammenhang mit psychischer Gesundheit auch auf den Schlaf. Der

Schlaf der Alleinerziehenden ist deutlicher schlechter als zum Beispiel der von Müttern in Paarfamilien. Die zu große Belastung führt diesbezüglich zu einer Spirale. Die Alleinerziehenden ist allein dafür zuständig, das Haushaltseinkommen zu erwirtschaften. Die Unterhaltssituation in Deutschland ist sehr miserabel. Die Alleinerziehenden sind aber auch dafür zuständig, dass die Kinder betreut und beschult werden. Sie sind mit einem Kinderbetreuungssystem konfrontiert, das vielleicht noch eine gute Betreuung zwischen 8 Uhr und 16 Uhr gewährleistet, was aber häufig nicht mit anderen Zeitabläufen zusammenpasst. An jeder Ecke und jedem Ende fehlt irgendetwas. Insofern geraten die Frauen in eine Negativspirale. Sie schlafen schlecht und sind Burn-out-gefährdet bzw. depressionsgefährdet.

Das alles hat aber einen Anfang. In dem Zusammenhang möchte ich auf präventive Maßnahmen zu sprechen kommen. Es fängt bei der Trennung an. Die meisten Alleinerziehenden haben vorher in einer Partnerschaft gelebt. Ab dem Moment, wo die Trennung erfolgt, geht nicht nur das Familiensystem in die Brüche, sondern auch die ökonomische Situation. Die Armutsquote bei den Alleinerziehenden beträgt in NRW fast 50 %. Bei Paarfamilien beträgt die Armutsquote 10 %. Wenn eine Alleinerziehende, die schon vor der Trennung vielleicht in Teilzeit beschäftigt war, aus finanziellen Gründen die Wohnung wechseln und mit dem Teilzeitgehalt die gesamte Familie ernähren muss, entsteht ein Bruch. Dann sind Präventionsmaßnahmen erforderlich. Es fehlt an Anlaufstellen für Alleinerziehende.

Viele Alleinerziehende haben im Konfliktfall eine Menge neu zu regeln. Sie müssen womöglich umziehen, und die gesamte finanzielle Situation muss neu geregelt werden. Außerdem ist – sowohl bei dem Erwachsenen als auch bei den Kindern – eine Trennung zu verarbeiten. Des Weiteren sind juristische Dinge – zum Beispiel im Hinblick auf das Sorgerecht etc. – zu klären. Womöglich will man sich scheiden lassen. Ferner gibt es psychische Belastungen, die aus den entstandenen Konflikten resultieren. Es stellen sich enorm viel Fragen. Die gesamte Lebenslage ändert sich.

Ich glaube, dass über Anlaufstellen ein sehr niedrigschwelliger Zugang zu Alleinerziehenden geschaffen werden könnte. Diese Anlaufstellen sollten die Möglichkeit schaffen, sich gut zu informieren; denn es kommen sehr viele Dinge zusammen. Insofern müsste ein Case-Management geschaffen werden. Es sollte möglich sein, eine psychosoziale Beratung zu bekommen.

Der Blick der Alleinerziehende sollte darauf gelenkt werden, sich mehr Entlastung zu verschaffen. Entlastung ist das große Thema. Dabei geht es sowohl um finanzielle Entlastung als auch um solche bei den Rahmenbedingungen. Es kann nicht sein, dass Kinder zu haben für Alleinerziehende ein Armutsrisiko bedeutet. Hätten die alle keine Kinder, wären sie gar nicht so arm. Wir als Verband fordern ganz klar eine Kindergrundsicherung, damit wenigstens das sozioökonomische Existenzminimum der Kinder gedeckt ist. Dann würde es bei vielen Alleinerziehenden finanziell deutlich besser aussehen. Das würde ihnen in vielerlei Hinsicht Teilhabe ermöglichen. Vielleicht gäbe es dann auch nicht so sehr den Druck, dass sie mit kleinen Kindern schon eine Vollzeitarbeit haben müssen, um überhaupt finanziell über die Runden zu kommen.

Die anderen Rahmenbedingungen würden sich am Faktor Zeit orientieren. Dabei geht es um die haushaltsnahen Dienstleistungen zum Beispiel bei Kinderbetreuung. Die

institutionelle Kinderbetreuung reicht oftmals nicht aus. Wenn eine Alleinerziehende Bäckereifachverkäuferin ist, hilft es ihr nicht, dass die Kita zwischen 8 und 16 Uhr geöffnet hat.

Bei uns in Essen gibt es ein Projekt zur ergänzenden Kinderbetreuung im Haushalt der Eltern. Das wäre zum Beispiel eine haushaltsnahe Dienstleistung, die vielen Alleinerziehenden sehr helfen würde – auch den 30 %, die noch nicht erwerbstätig sind. Da bin ich völlig bei Frau Professor Leitner. Häufig ist die Kinderbetreuung das Problem, wenn es darum geht, Erwerbsarbeit aufzunehmen. Es sollte auch eine Kinderbetreuung im Sinne eines Babysitter-Dienstes geben, so dass die betroffenen Alleinerziehenden überhaupt einmal an einem Yogakurs teilnehmen können. Das ist derzeit für viele gar nicht möglich.

Außerdem sind in diesem Zusammenhang haushaltsnahe Dienstleistungen im Sinne von Haushaltshilfen zu erwähnen. Viele Alleinerziehende wünschen sich, zumindest von der Hausarbeit entlastet zu werden. Es gibt zum Beispiel Gutscheinprojekte. Dazu muss gesagt werden, dass das nicht funktioniert, wenn die Zuzahlung bei 8 Euro pro Stunde liegt. Viele der Betroffenen haben so viel Geld nicht übrig.

Abschließend komme ich auf Wohnformen zu sprechen, zu denen es einige Rückfragen gab. Ich glaube, dass das unbedingt so groß wie ein Wohnprojekt gedacht werden sollte. Man kann da eine einfache Rechnung aufmachen: Es fehlt der zweite Erwachsene. Wenn die Alleinerziehende gerne einkaufen gehen möchte, muss sie zum Beispiel jetzt im Winter die Kinder erst anziehen. Sie sollte in der Lage, sie zu Hause zu lassen. Es sollte also eine unmittelbare Alltagsentlastung im Haushalt geben. Würde man in einer WG wohnen, gäbe es die zweite Person. Wenn die Kinder abends im Bett sind, könnte man mit dieser Person – das wäre dann eine Freundin – auf dem Sofa sitzen und sich unterhalten.

Wir haben sehr viele Anfragen von Alleinerziehenden, die gerne eine Alleinerziehenden-WG gründen würden. Das scheitert an den Wohnungen. Es gibt nicht genug Wohnungen, die groß genug sind, damit dort zwei oder drei Alleinerziehende mit zwei, drei oder vier Kindern wohnen könnten, die dann ein eigenes Zimmer hätten. So etwas gibt es nicht. Es gibt Dreizimmerwohnungen und ein paar Vierzimmerwohnungen. Darüber hinaus ist nichts vorhanden.

Wenn man alternative bzw. gemeinschaftliche Wohnformen wünscht, sollten auch entsprechende Wohnungen – und nicht nur kleine Ein- oder Zweizimmerapartments – gebaut werden. Das würde auf jeden Fall helfen. Dabei muss es sich nicht unbedingt um ein von einem Trägerverein gegründetes Projekt handeln. Im Rahmen des Trägervereins könnte dann gemeinschaftlich – zum Beispiel einmal wöchentlich eine Gemeinschaftsversammlung – geplant werden. Das ist genau das, wofür keine Zeit vorhanden ist. Das ehrenamtliche Engagement kommt noch obendrauf auf Erwerbsarbeit, Kinderarbeit und Haushalt. Das funktioniert nicht. Es ist auch nicht das, was unbedingt gewünscht ist. Gewünscht wird etwas ganz Alltägliches, zum Beispiel eine WG mit einer passenden Größe. Der Quadratmeterpreis sollte von Menschen bezahlt werden können, die mittlere und niedrige Einkommen haben.

Dr. Michael Spörke (Leiter Sozialpolitik und Kommunales SoVD Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.): Manche meiner Antworten auf die gestellten Fragen könnten ein abendumfassendes Programm ausfüllen; ich will es aber kürzer machen. – Frau Oeller sprach die Gefahr der Vereinsamung von Menschen mit Behinderung an. Bei dieser Thematik gibt es verschiedene Gesichtspunkte. Der Teilhabebericht der Landesregierung hat sehr deutlich gemacht, dass die Schüler, welche eine Förderschule besuchen, zu einem sehr großen Prozentsatz dort noch nicht einmal den Hauptschulabschluss machen können. Das hat zur Folge, dass die Bildungs- und Arbeitsbiografien dieser Schüler stark eingeschränkt werden. Das heißt dass es für sie die leider sehr typische Einbahnstraße Förderschule, Werkstatt für Menschen mit Behinderung und Wohnheim gibt.

Man kann nicht sagen, dass die betreffenden Menschen einsam sind; denn sie haben dort ein. Zielsetzung im Rahmen einer inklusiven Gesellschaft muss es aber sein, dass es ein Miteinander der Menschen mit und ohne Behinderung gibt. Dieses Miteinander wird durch das geschilderte System nicht gefördert. Das Gegenteil ist der Fall. Den betroffenen Schülern wird es zumindest erschwert, sich in unserer nun einmal von Nichtbehinderten geprägten Mehrheitsgesellschaft zurechtzufinden. Umgekehrt wird Menschen ohne Behinderung die Chance genommen, mit Menschen zurechtzukommen, die behindert sind. Das ist der Fall, wenn es solche Systeme schon in der Schule gibt. Deswegen ist der Grundsatz „Inklusion von Anfang an“ völlig richtig.

Wir haben in NRW zum Glück den Zustand, dass es im Vorschulbereich mehrheitlich inklusive Angebote gibt. Wenn die Schülerinnen bzw. Schüler ins schulpflichtige Alter kommen, heißt es plötzlich für viele von ihnen: Jetzt geht es in die Förderschule, also weg aus der inklusiven Umgebung bzw. dem Kontakt mit den nichtbehinderten Kindern.

Sehr oft werden Schüler – weil es nicht in jeder Stadt eine Förderschule gibt – aus weiten Distanzen zu Förderschulen gefahren. Diese Schüler sind dann nach der Schule zu Hause allein. Der Kontakt zu Mitschülern, die nicht in ihrer Stadt wohnen – wie es in einer normalen Regelschule meist der Fall ist –, fällt weg. Daran kann Einsamkeit schon festgemacht werden. Kernpunkt dabei ist aus meiner Sicht, dass es von Anfang an Behinderungen in Bezug darauf gibt, sich gegenseitig kennenzulernen und sich in der Nichtbehinderten-Mehrheitsgesellschaft zurechtzufinden. Das sind Anfangsschwierigkeiten, die in der Konsequenz die Gefahr mit sich bringen, dass die skizzierten Probleme auftauchen, die zu Einsamkeit führen können.

In dem Zusammenhang ist auch das Armutrisiko zu nennen. Wenn das Bildungsniveau niedrig ist, kann man auf dem Arbeitsmarkt nicht gut Fuß fassen. Des Weiteren wird dadurch – das wird im Teilhabebericht ebenfalls festgestellt – die Gefahr erhöht, dass das soziale Netzwerk sehr klein ist. Die Betroffenen haben dann wenig Kontakte in die Mehrheitsgesellschaft hinein. Auch haben sie nicht gelernt, diese Kontakte zu knüpfen. Das kann nur im Rahmen eines Miteinanders von Anfang an gelernt werden.

Man muss lernen, miteinander umzugehen. Das trifft auf beide Seiten zu. Wir wissen – das müssen wir feststellen, wenn wir ganz ehrlich sind –, dass viele Menschen ohne Behinderung nach wie vor Berührungsängste haben. Sie wissen nicht, wie man miteinander umgehen bzw. wie man sich ansprechen soll. Deswegen bleibe ich auch dabei,

dass Förderschulen nicht förderlich sind, um Einsamkeit und soziale Exklusion zu verhindern.

Außerdem wurden mir mehrere Fragen zu dem sehr spannenden Thema „Wohnen“ gestellt. Herr Neumann stellte mir eine Frage, bei der es nicht nur gezielt um barrierefreies Wohnen ging. Er will wissen, was man sonst noch beachten müsste. Auch das ist eine sehr wichtige Frage. Die Wohnung ist schon für sich genommen sehr wichtig. Sie reicht aber noch nicht aus. Man braucht auch das entsprechende Umfeld bzw. das Wohnquartier, in dem Kontakte aus der Wohnung heraus zu anderen Menschen geknüpft werden können. Es sollte idealerweise möglich sein, auch Nachbarn und Freunde in deren Wohnungen aufsuchen zu können. Die Angebote in den Quartieren müssen zugänglich und benutzbar sein. Sie sollten nicht nur für die Menschen im Rollstuhl – so wie ich einer bin – benutzbar sein, sondern auch für solche, die seh- und hörbehindert sind oder andere Einschränkungen haben. Wir müssen da viel weiter denken und das alles beachten. Wir befinden uns hier auf einem sehr langen Weg. Die genannten Bedingungen werden nur sehr selten erfüllt.

Ich wurde gefragt, wie viel Bedarf an barrierefreien Wohnungen es eigentlich gibt. Der Teilhabebericht der Landesregierung aus dem letzten Jahr hat einmal mehr sehr deutlich gemacht, dass uns für diesen Bereich – und zwar bei Barrierefreiheit an sich – die Daten vollkommen fehlen. Das gilt sowohl für die Barrierefreiheit im Wohnraum als auch für solche im öffentlichen Raum. Wir wissen nicht, wo etwas in welchem Umfang barrierefrei ist. Ich sage aber ganz klar: Es ist eindeutig eine öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge, diese Datenlücke zu füllen. Land und Kommunen – das sind die richtigen Stellen, um das zu tun – müssen endlich einmal gemeinsam dafür sorgen, dass die entsprechenden Daten erfasst werden.

Es würde nicht ausreichen, wenn wir jetzt wüssten, dass in einer bestimmten Kommune eine bestimmte Anzahl an Menschen wohnen, die den Bedarf haben, in einer barrierefreien Wohnung zu leben. Denn die Bedarfe ändern sich. Es kommen ständig – wegen ihres Alters und erworbener Einschränkungen zum Beispiel durch Unfälle – neue Menschen hinzu. Andere ziehen weg. Helfen würde uns nur, wenn wir in Bezug auf den Neubau Bedingungen schaffen würden, in deren Rahmen dafür gesorgt werden könnte, generell eine höhere Zahl an barrierefreien Wohnungen zu schaffen. Am besten sollte es solche Wohnungen für alle Betroffenen geben. – Auf die geschilderte Art und Weise könnte das Problem angegangen werden.

Ich komme zu dem, was uns nicht helfen, sondern im Gegenteil das Ganze verschärfen würde. Das wäre der Fall, wenn wir die Formulierung in die Landesbauordnung hineinbekommen würden, dass Wohnungen nur noch in erforderlichem Umfang barrierefrei sein muss. Kein Mensch weiß, was das heißen soll. Niemand kann das irgendwie erklären. Wir haben jetzt den Zustand, dass man sich auf die Behauptung verlassen muss, dass die Wohnung barrierefrei ist. Ganz oft stimmt das nicht. Dieser Zustand würde dann noch rechtlich abgesichert. Das darf nicht passieren, es darf nicht auf diese Weise abgeschwächt werden. Wir würden dann auf dem Wohnungsmarkt – der ist schon schwierig genug – eine sehr schwierige Gemengelage bekommen.

Herr Neumann erkundigte sich weiterhin nach den verschiedenen Bedarfen von Menschen mit Behinderung. Er möchte wissen, wo aus meiner Sicht die Gefahr von Verein-

samung und sozialer Exklusion bei Menschen mit Behinderung am größten ist. Das Bild von Menschen mit Einschränkungen ist sehr vielschichtig. Man kann und darf die betreffenden Menschen nicht über einen Kamm scheren. Es können verschiedene Dinge – Alter, Pflegebedürftigkeit und eine weitere Einschränkung, wie immer sie auch aussehen mag – zusammenkommen. Das könnte dazu führen, dass die Gefahr sozialer Exklusion bzw. Vereinsamung größer wird. Jedoch gibt es bestimmte Gruppen, deren Angehörige ein hohes Risiko in Bezug auf Vereinsamung haben, bei der Diskussion über dieses Thema aber immer hinten herunterfallen. Ich nehme einmal das Beispiel der Menschen mit Seh- und Hörbehinderung. Wenn diese Menschen kein Umfeld haben, in dem sie verstanden werden bzw. wo sie die anderen verstehen und sich orientieren können, ist bei ihnen die Gefahr der Vereinsamung und der sozialen Exklusion sehr groß.

Frau Bücker fragte mich, warum es ganz allgemein bei Menschen mit Behinderung die Gefahr der Vereinsamung gibt. Es gibt vielfältige Faktoren, die bei Menschen mit Behinderung Vereinsamung erzeugen oder verstärken können. Wir bekommen das – dies ist entscheidend – nur mit einer Inklusion von Anfang an in den Griff. Des Weiteren müssen wir den Menschen mit Behinderung von Beginn an gleiche Lebenschancen eröffnen, damit sie sich so entfalten können, wie sie es gerne möchten. Sie sollten in der Lage sein, Netzwerke zu bilden, in denen auch Nichtbehinderte vorkommen. Das ist erforderlich, um Möglichkeiten im Bereich der Bildungs- und Berufslaufbahnen bestmöglich – soweit es ihnen möglich ist – ausschöpfen zu können.

Dann gab es noch eine Frage zu Corona und dem zu befürchtenden Scherbenhaufen, was die angesprochene Klientel angeht. Ich kann Ihnen in Bezug auf psychische Konsequenzen der Krise – wir stecken da noch mittendrin – nichts über das hinaus sagen, was im Gutachten steht. Ansonsten ist das Gutachten sehr lesenswert. Man kann aber schon jetzt als Folge der Coronakrise absehen, dass es mit Sicherheit einen finanziellen Verteilungskampf hinsichtlich der Ressourcen im sozialen Bereich geben wird. Denn all das, was wir jetzt gezwungenermaßen in Bezug auf Absicherungsmaßnahmen vornehmen müssen, um die Konsequenzen des notwendigen Lockdowns abzufedern, kostet Geld. Dieses Geld wird dann später an verschiedenen Stellen fehlen. Es wird eine Debatte darüber geführt werden, wer diese Kosten bezahlt. Dabei geht es darum, für welche Dinge wir nachher noch Geld haben werden und für welche nicht. Sehr wichtig wird es sein, dass die breiteren Schultern mehr Lasten tragen.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Ich schaue in die Runde, ob es noch Rückfragen gibt. – Das Wort hat zuerst Herr Paul, dann ist Frau Oellers an der Reihe.

Stephen Paul (FDP): Ich möchte gerne noch einmal Herrn Kull fragen. Er und der Kollege Klocke gingen auf die Suizidalität gerade bei Jugendlichen ein. Das hat mich neugierig gemacht. Darüber möchte ich noch etwas mehr erfahren. Weitere Ausführungen dazu wären, glaube ich, für unsere Arbeit wertvoll.

Britta Oellers (CDU): Herr Klocke sprach darüber, wie die Lage vor 30 Jahren war. Ich denke, dass sich das gesamte Empfinden heute – das gilt auch für die Eifel – schon

ein bisschen verbessert hat. Ich stimme Herrn Kull zu, dass man da aber – das ist meine Erfahrung – mehr tun kann. In Städten wie Köln – ich komme aber nicht aus dieser Stadt – werden Veranstaltungen wie zum Beispiel der „Come-Together-Cup“ durchgeführt. Solch größeren Städte haben Jugendzentren. Des Weiteren gibt es den Jugendförderplan NRW. Herr Kull hat zum Schluss seiner Ausführungen ausgeführt, dass er aus Bayern kommt, wo das, was es jetzt in NRW gibt, nicht stattgefunden hat.

Das Netz in Nordrhein-Westfalen befindet sich – was die Beratungsangebote angeht – im oberen Bereich bzw. sogar in der Spitzenklasse. Auf Grundlage der Haushaltsberatungen im Bereich des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend kann ich nur unterstreichen, dass wir in den letzten Jahren gerade in den Bereichen, zu denen Herr Kull Ausführungen gemacht hat, die Mittel aufgestockt haben. Die Problematik ist also erkannt. Sicherlich handelt es sich um ein gesellschaftspolitisches Thema. Ich unterstütze die Arbeit – ich nenne beispielhaft wiederum die „Together“-Projekte – in diesem Bereich gerade auch in meiner Heimatstark in starkem Maße. Mit den gesamten hier vorhandenen Strukturen stehe ich in engem Austausch. Dabei geht es auch um die Aufnahme in die kommunalen Kinder- und Jugendförderplänen. Das wollte ich noch einmal klargestellt haben.

Im tiefsten Sauerland oder in der Eifel – das ist klar – ist die Situation vielleicht doch noch ein wenig anders als in einer Stadt, die 100.000 oder 200.000 Einwohner hat. Ich erkenne aber trotzdem, dass es dort Verknüpfungen gibt. Aus Sicht einer Krefelderin ist festzustellen, dass – ich nenne auch hier noch einmal das Stichwort „Together“ – ebenfalls auf das Gebiet des Niederrheins geschaut wird. Es wird also nicht nur eine einzelne Stadt gesehen, sondern man hat auch das Umland mit im Blick. In den letzten Jahren sind entsprechende Strukturen aufgebaut und unterstützt worden. Das bedeutet aber nicht, dass man nicht noch besser werden kann.

Josef Neumann (SPD): Ich habe noch eine Nachfrage an Frau Stroop und Frau Hofmann zum Thema „Einkommen“. Sie wissen, dass aktuell über eine Grundsicherung diskutiert wird und dass es dazu auch Initiativen aus Nordrhein-Westfalen gibt. Mich interessiert, wie Sie das bewerten. Ist das ein Ansatz, um die Einkommenssituation der Betroffenen zu verbessern?

Arndt Klocke (GRÜNE): Frau Oellers, ich bedanke mich für Ihre Ausführungen. Es freut mich sehr, dass Sie auf diesem Gebiet so engagiert sind. Es gibt eine Reihe von Kolleginnen oder Kollegen auch aus Ihrer Partei, auf die das ebenfalls zutrifft.

Wenn wir in den letzten 30 Jahren keinen Fortschritt erlebt hätten, wäre das schlimm. Ein wichtiger Faktor ist, dass wir vor 30 Jahren kein Internet als Informationsquelle und Kontaktbörse für Menschen – die können sich auf diese Weise auch vernetzen – hatten. Ich erinnere mich daran, dass es damals ein Aufklärungsbuch von Rowohlt gab, in dem eine Adresse in Bonn angegeben war, zu der ein neutraler Schutzumschlag gesandt werden konnte. In der Antwort, die in einem grauen Umschlag enthalten war, waren Beratungs- und Informationsstellen für die in Frage kommende Region – für mich war es Ostwestfalen – angeführt. Heute würde ich bei Google „Krefeld, schwullesbisches Jugendzentrum“ eingeben. Dann hätte ich nach zehn Sekunden die nötigen

Informationen, die damals zwei Wochen lang mit der Post unterwegs waren. Da hat es also eine Änderung gegeben.

Auch in Kommunen gibt es viele gute Projekte. Auf der anderen Seite muss vieles hart erkämpft und verteidigt werden. Ich erinnere mich daran, dass ich in den letzten Wochen intensiver mit dem Ministerium von Herrn Stamp zu hatte, weil leider zu befürchten war, dass die Fördergelder des Landes für die schwul-lesbische Seniorenarbeit – dabei geht es um das „RUBICON“ in Köln; dieses Beratungszentrum wird seit vielen Jahren von Georg Roth und Carolina Brauckmann aufgebaut – auslaufen. Wir haben uns – zusammen mit Kollegen aus der FDP-Fraktion etc. – dafür eingesetzt, dass das weitergeführt wird. Letztlich ist es in den Haushalt 2021 wieder aufgenommen worden, obwohl es eigentlich gestrichen war. Die Dinge auf diesem Gebiet sind also nicht zu Selbstläufern geworden. So ist es leider nicht.

Man aus hört aus den Städten – insbesondere aus solchen wie Köln oder Berlin – einiges in Bezug auf Diskriminierungs- und Hasskriminalität vor allen Dingen gegenüber jungen Menschen. Gerade in der letzten Woche war bei Instagram ein junger schwuler Mann aus Berlin – er ist bei der grünen Jugend engagiert – zu sehen, der in einer U-Bahn-Station zusammengeschlagen und als „schwule Sau“ beleidigt worden war. Das geschah offensichtlich deswegen, weil er einen Regenbogen-Anstecker trug. Wir reden da nicht über die 50-er Jahre, sondern das geschah 2020 bzw. 2021, und es nimmt leider zu. Die Polizei registriert zunehmend derartige Fälle.

Das bedeutet aber nicht, dass all die Projekte, die sich am Start befinden, nicht greifen. Ich finde, dass diese lobenswerten Projekte sehr wertvoll sind. Vor allem finde ich es toll, dass da vieles parteiübergreifend läuft. Wir als Grüne sorgen in Köln seit einer ganzen Reihe von Jahren mit der CDU zusammen – das gilt auch für die FDP – dafür, dass das im Haushalt abgesichert wird.

In meiner Lebenssituation bin ich ein sehr privilegierter Mensch. Viele andere Menschen befinden sich aber nicht in einer solchen Situation. Die bunten Bilder etwa von „Christopher-Street“-Paraden sollten uns nicht davon ablenken, dass die reale Situation am Arbeitsplatz im ländlichen Raum – das gilt aber auch für junge, aber auch für viele ältere Menschen, die sich in Pflegeeinrichtungen befinden – weiterhin sehr schwierig ist.

Julian Kull (LiSL-NRW): Die Streichung im Bereich der Seniorenarbeit ist meines Wissens nach vonseiten des Gesundheitsministeriums bzw. des Ministers Laumann – und nicht vonseiten des Bereiches „Familie, Kinder und Jugend“ – vorgesehen. Minister Laumann wollte die angesprochene Förderung streichen.

Bei den 15-Jährigen bis 20-Jährigen ist die Suizidalität nach tödlichen Unfällen die häufigste Todesursache. Dementsprechend sehen wir es vor allem als gesundheitspolitisch und gesellschaftspolitisch von höchster Relevanz an, etwas dagegen zu unternehmen. Der Anteil bei den männlichen Jugendlichen liegt bei 29 %, bei den weiblichen Jugendlichen bzw. jungen Frauen bei 28 %. Gut jeder Zwölfte berichtet über Suizidversuche.

Die tatsächliche Suizidalitätsrate kann man nicht messen. In der Sterbeurkunde wird nicht notiert, ob die verstorbene Person schwul, lesbisch oder transsexuell war. Man bekommt es eher durch Befragungen im Familienumfeld heraus. Oder man schätzt es auf der Grundlage der Zahlen bei den Suizidversuchen ab.

Die Sanktionierung von gendernonkonformem Verhalten bei Kinder und Jugendlichen stellt dabei ein Kernrisiko dar. Das stellt für uns einen klaren pädagogischen Auftrag dar. Wir möchten betonen, dass eine entsprechende Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern bzw. Pädagoginnen und Pädagogen sehr wichtig ist. Die Sensibilisierung der Gesellschaft ist ebenfalls sehr wichtig. Wenn Aussagen wie „Das ist doch alles Gender-Gaga“ gemacht werden, dreht sich bei mir der Magen um. So etwas hilft nicht in Bezug auf Vermeidung von Suiziden; es ist kontraproduktiv. Ebenfalls nicht förderlich ist, wenn man den Zwang in Bezug auf binäre Geschlechter immer weiter nach vorne stellt bzw. treibt. Denn ein Intersexueller ist intersexuell. Er ist nicht rein männlich oder rein weiblich. Einen solchen Auslöschungswillen sieht man vor allen Dingen auch dann, wenn in der Schwangerschaft beim Fötus eine Intersexualität festgestellt wird. Es ist heute – das stellt eine Problematik dar – immer noch möglich, diesen Fötus legal abzutreiben. Da muss etwas passieren.

Ich sage ganz klar: Wenn müssten den Jugendlichen vor allem zeigen, dass sie so, wie sie sind, okay sind. Vielleicht kommen wir dann irgendwann vielleicht dahin, dass man sich nicht mehr outen muss und Pädagogen in dieser Hinsicht klare Kante zeigen. Dann können wir die Suizidalitätsrate senken.

In der Studie wird auch – vom Schwulen Netzwerk NRW bzw. Moritz Prasse – klar beschrieben, was hilft, von suizidalem Verhalten wegzukommen. Dabei wird Ablehnung durch die Eltern explizit hervorgehoben. Ich habe bereits die 40 % und die 51 % erwähnt, die einen Suizidversuch unternehmen. Auch Mobbing in der Schule ist sehr weit verbreitet. Es gibt Mobbing selbst durch Lehrerinnen und Lehrer, die gendernonkonformes Verhalten eines Schülers sanktionieren und versuchen, dagegen vorzugehen. Die sagen zum Beispiel im Sportunterricht: Wie, du fühlst dich als Mädchen? Du siehst aber aus wie ein Junge. Du musst in den Umkleideraum für Jungen gehen. – So etwas hilft dem Jugendlichen nicht, es schürt Ablehnung. Dies wiederum führt dazu, dass die Betroffenen vereinsamen, sich zurückziehen, irgendwann Suizidgedanken haben und Suizidversuche begehen. Wenn bekannte Menschen sagen „Das entspricht nicht unserer Gesellschaft, die sind nicht Teil dieser Gesellschaft“, dann ist das kontraproduktiv.

Ich stimme Ihnen zu, dass bestimmte Dinge vor 30 Jahren nicht möglich gewesen wären. Das ist allein schon deswegen so, weil wir den § 175 erst 1994 abgeschafft haben. Ich stimme Ihnen zu, dass die Förderung weit geht. NRW befindet sich in Bezug darauf an der Spitze. Natürlich könnte es aber immer mehr sein. Die Landesregierung hat auf diesem Gebiet sehr viel getan. Dass es in den letzten Jahren mehr geworden ist, finden wir – das kann ich nur betonen – von LiSL NRW spitze.

Nicola Stroop (Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.): Die Frage zielte auf das Reformieren von Hartz IV ab. Für Alleinerziehende wäre in dem Zusammenhang die Angemessenheit der Wohnung

relevant. Wenn sich die Paarfamilie trennt, zieht ein Elternteil aus. Wenn das der Elternteil ist, der nicht mehr mit den Kindern zusammenlebt, muss die alte Wohnung auch für die neue kleinere Familie immer noch Hartz-IV-konform sein. Das ist nicht immer der Fall. Häufig stellt das ein Problem dar, gerade weil die Alleinerziehenden-Familien in sehr vielen Fällen auf Hartz IV angewiesen sind. Das ist zumindest am Anfang der Fall, bevor eine Erwerbsarbeit angefragt ist. In den allermeisten Fällen ist es so, dass die Kinder bei der Mutter bleiben, die dann keine Vollzeitstelle annehmen kann. Im Hinblick auf die Angemessenheit einer Wohnung wäre sicherlich eine Entlastung vonnöten.

Wenn ich Hartz IV beziehe und allein mit einem Kind wohne, steht mir eine bestimmte Quadratmeterzahl zu, die mir auch zustünde, wenn ich nur mit einem Partner zusammenleben würde. Mit einem Kind bräuchte ich aber schon eine ganz andere Wohnung, zum Beispiel eine Dreizimmerwohnung. Was Überlastung angeht, ist es so, dass sehr viele Alleinerziehende kein eigenes Schlafzimmer haben. Sie schlafen im Wohnzimmer auf der Couch, teilweise auf der Couch in der Küche neben dem surrenden Kühlschrank. Dann muss man sich irgendwann über fehlende Nachtruhe nicht wundern. Ich glaube, dass eine Verbesserung im Bereich der Wohnung eine Entlastung darstellt. Gleichwohl möchte ich feststellen, dass Kinder keine kleinen Arbeitslosen sind. Eine wirklich gute Weiterentwicklung des Hartz-IV-Systems bestünde darin, dass die Kinder da herausfallen würden. Die Anrechnung des Kindergeldes, des Unterhaltes und des Unterhaltsvorschusses auf das Familieneinkommen im Hartz-IV-System bedeutet in letzter Konsequenz, dass die Kinder mit ihrem Unterhalt bzw. dem Unterhaltsvorschuss die Mütter mit subventionieren. So etwas sollte es nicht geben. Eine Anhebung der Regelsätze würde eine bessere Reform darstellen.

Michaela Hofmann (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen): Ich möchte zu den Grundsicherungsmodellen Folgendes sagen: Wir haben ein Supergrundgesetz, in dem steht, dass für jeden Menschen, der nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft zu arbeiten und nicht zu seinem Lebensunterhalt beitragen kann, der Staat eintritt. Das sollte geschehen, ohne dass die Menschen abgewertet werden und man ihnen sagt: Du bist selber schuld, du bist ein Schmarotzer. Das steht nicht im Grundgesetz. Ich finde, dass das eine ganz tolle Errungenschaft ist. Dabei ist es egal, ob man die Hilfe Grundsicherung oder anders nennt. Der Status, der mit Hartz IV verbunden ist, führt eigentlich zu einer Abwertung. Damit wird immer noch das Bild vermittelt, dass man den betroffenen Menschen möglichst in den Hintern treten und nicht das für die Existenzsicherung Notwendige geben muss. Alles, was dazu beiträgt, dass dies verändert wird, ist optimal.

Wir haben viele Grundsicherungsmodelle, zu denen ich aber nichts sagen will. Vielmehr müssen wir darauf schauen, dass bedarfsgerecht vorgegangen wird. Frau Stroop hat bereits vorhin gesagt, dass man genau darauf schauen muss, was jemand braucht. Das bedeutet auch, dass man im Auge hat, was für eine Wohnung jemand braucht. Auch ist es wichtig zu fragen, was Kinder an digitalen Endgeräten brauchen. Wir haben immer noch nicht sichergestellt, dass Kinder, wenn sie in die Schule gehen, einen Laptop haben. Oft haben sie auch kein WLAN. Es ist, finde ich, ein Skandal, dass so etwas nicht im Regelsatz enthalten ist.

Es sollte eine Grundsicherung geben, die bedarfsgerecht errechnet wurde. Wir sollten nicht dauernd eine Trennung zwischen den Kindern haben, denen etwas zusteht, weil die Eltern auf einmal Geld verdienen, und den anderen Kindern, die sich nur im Hartz-IV-System befinden. Ich finde, es ist notwendig, dass da keine Schere aufgemacht wird. Im neuen Sozialbericht steht, dass 20 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen noch nicht einmal 100 Euro auf ihrem Sparbuch haben. Man kann sich gut vorstellen, dass, wenn bei diesen Menschen die Waschmaschine kaputtgeht oder zum Beispiel Schuhe gebraucht werden, eine Neuanschaffung nicht möglich ist. So etwas ist mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar. Wir müssen daran arbeiten, bei Grundsicherungen ein ganz neues System einzuführen. Setzen Sie sich bitte mit dafür ein, dass es für die betroffenen Menschen höhere Regelsätze gibt.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Damit haben wir alle Fragen abgearbeitet. – Herr Klocke hat sich aber noch einmal gemeldet.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich habe mich gemeldet, weil ich mich selber korrigieren möchte: Es handelte sich um das Haus Laumann. Stamp und Laumann habe ich verwechselt. Ich habe es deswegen angesprochen, weil es um die Verstetigung von Arbeit geht. Wenn man etwas schaffen will, um psychische Belastungen durch Einsamkeit etc. zu verhindern, sollte man darauf achten, dass Förderstrukturen im Sinne von Selbsthilfearbeit verstetigt werden. Es ist auch gelungen, das wieder in den Haushalt hineinzubekommen. Aber der Kollege Kull hat Recht: Es war das Haus von Minister Laumann.

Vorsitzender Dr. Martin Vincentz: Ich schaue noch einmal in die Runde. – Dies war eine sehr intensive Anhörung zu einem sehr spannenden Thema. Wenn es keine weiteren Fragen gibt, bedanke ich mich vor allen Dingen bei den Sachverständigen dafür, dass sie uns so prima aus ihren Fachbereichen Auskunft gegeben haben. Damit wäre der Tagesordnungspunkt 1 geschlossen. Somit befinden wir uns auch am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung.

gez. Dr. Martin Vincentz
Vorsitzender

2 Anlagen

09.02.2021/09.02.2021

5

**Anhörung von Sachverständigen
der Enquetekommission IV
"Veränderte Rahmenbedingungen für Lebensformen"**

**am Freitag, dem 15. Januar 2021
10.30 bis 12.30 Uhr
Raum E 3 D 01**

Tableau

Rückmeldung bis 27.11.2020
Stellungnahme bis 07.12.2020

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Verband allein erziehender Mütter und Väter Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. Essen	Nicola Stroop	17/3382
Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenver- bände der Freien Wohlfahrtspflege NRW c/o Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. Köln	Michaela Hofmann	17/3378
Herr Julian Kull LiSL-NRW Düsseldorf	Julian Kull	---
Herr Dr. Michael Spörke SoVD Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. Düsseldorf	Dr. Michael Spörke	---
Frau Professorin Dr. Sigrid Leitner Technische Hochschule Köln Campus Südstadt Ubierring48 50678 Köln	Professorin Dr. Sigrid Leitner	17/3475

ABSAGEN VON EINGELADENEN EXPERTEN

Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V. Planckstr. 66a 45147 Essen	---
Frau Prof. Dr. Susanne Zank Universität zu Köln Köln	17/3379



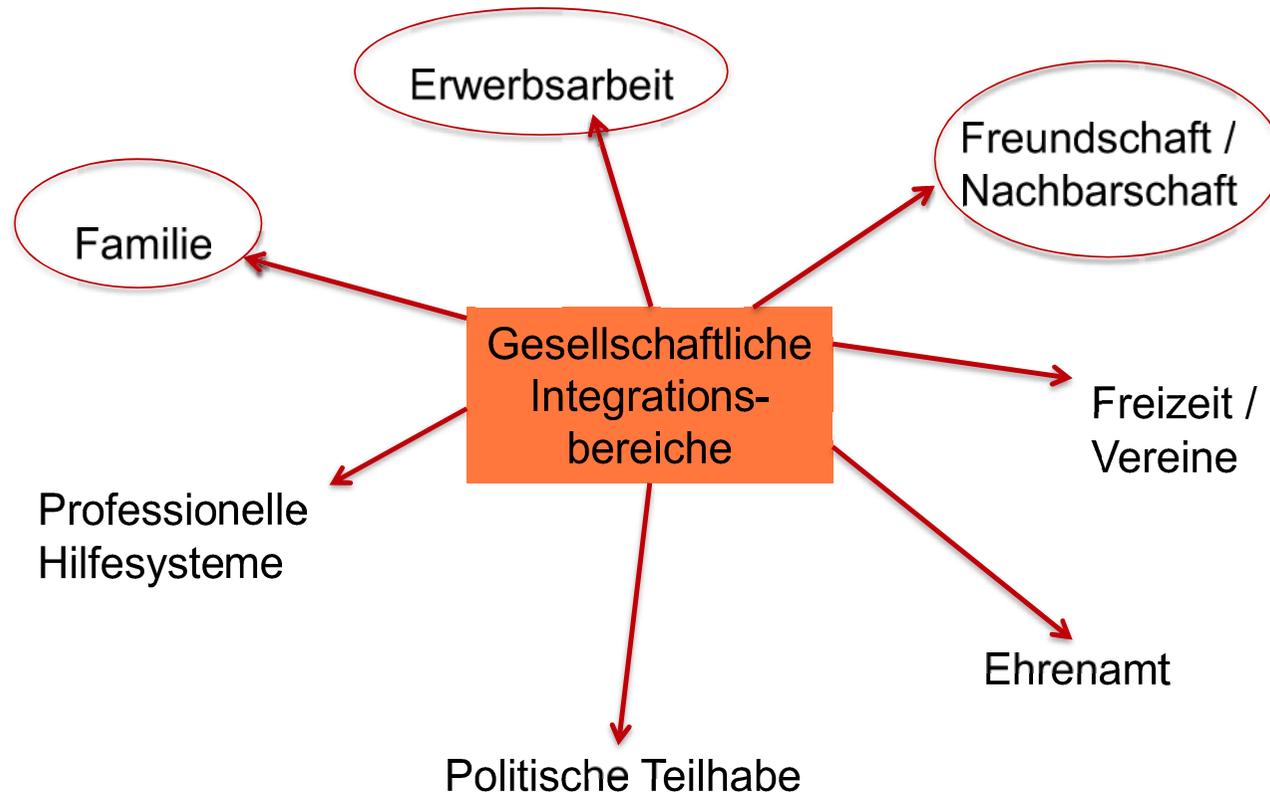
Veränderte Rahmenbedingungen für Lebensformen Anhörung der Enquetekommission „Einsamkeit“ Landtag NRW, 18.12.2020

Prof. Dr. Sigrid Leitner
sigrid.leitner@th-koeln.de

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 17. WAHLPERIODE
STELLUNGNAHME 17/3475
A43

Technology
Arts Sciences
TH Köln

Einsamkeit als Folge gesellschaftlicher Desintegration



Gesellschaftliche Megatrends

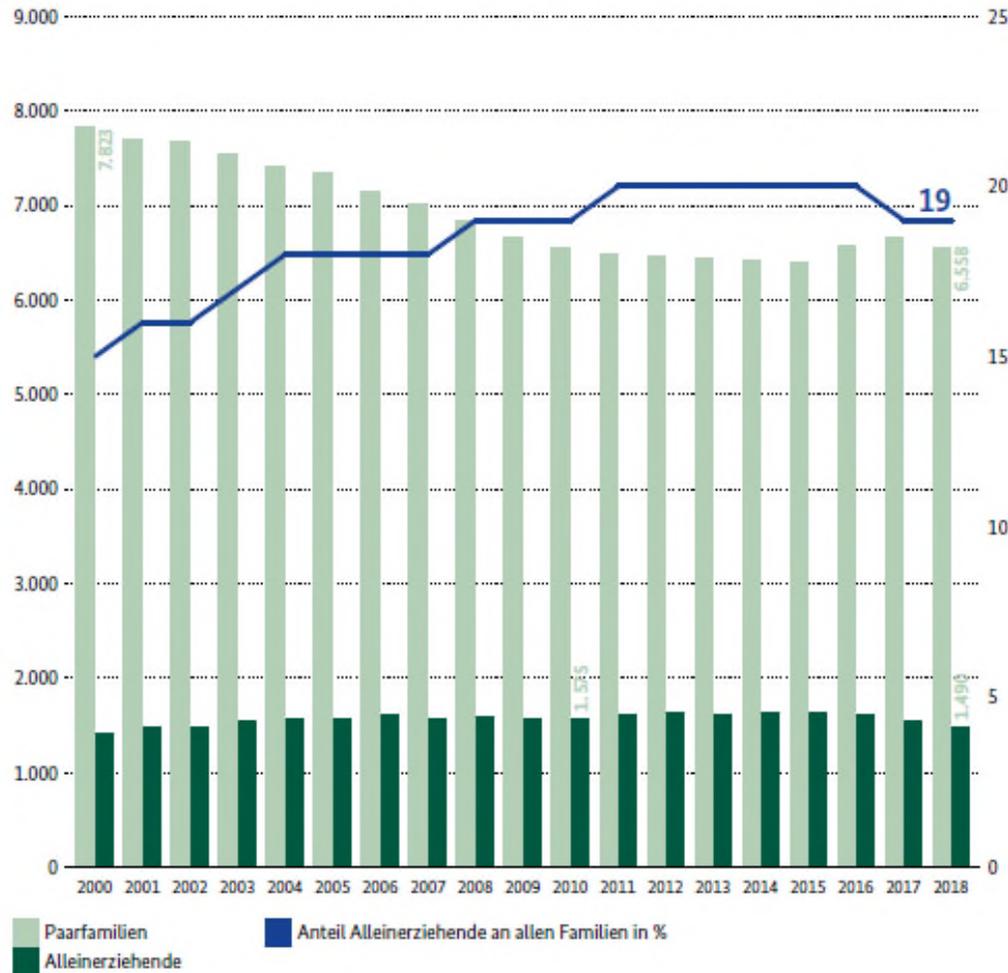
- Trend zur Kleinfamilie, mehr Patchwork-Familien und Alleinerziehende, mehr Einpersonenhaushalte, Familienleben „auf Distanz“
- Arbeitsverdichtung, prekäre Arbeit (Niedriglohn, Befristungen, Leiharbeit), Entgrenzung von Arbeit, Vereinbarkeitsproblematik
- Zunehmende Mobilität (biographisch und synchron)
- Individualisierung (Freiheit versus Bindung an Gesellschaft)
- Digitalisierung

→ Wirken auf gesellschaftliche Integrationsbereiche unterschiedlich

→ Integration und Desintegration treten gleichzeitig auf und kombinieren sich für die Individuen unterschiedlich

Fokus I: Alleinerziehende

Abbildung 23: Entwicklung der Zahl der Paarfamilien und Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt (Säulen, linke Achse) und Anteil der Alleinerziehenden an allen Familien (Linie, rechte Achse)



1,5 Millionen
davon 181.000 Väter

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Alleinerziehende: Familie

39% der Alleinerziehenden haben eine feste Partnerschaft (BMFSFJ 2020, S. 54), aber 83% wünschen sich eine feste Partnerschaft (BMFSFJ 2012, S. 14)

→ **44% ungewünscht ohne Partner**

69% werden durch ihr familiäres Netzwerk unterstützt und beschreiben den Familienzusammenhalt als sehr eng (BMFSJ 2012, S. 14)

→ **31% ohne familiäre Unterstützung**

Alleinerziehende: Erwerbsarbeit

71% sind erwerbstätig, 46% in Vollzeit oder vollzeitnah (28-36 Stunden)

38% sind im **SGB II-Bezug**, davon ein Drittel Aufstockerinnen. 13% sind befristet beschäftigt. (Braukmann 2019, S. 16)

Atypische Arbeitszeiten: 40% Samstags, 22% Sonntags, 13% Feiertags, 32% 18-23 Uhr, 7% 23-6 Uhr, 16% Schichtdienst. (Braukmann 2019, S. 16)

75% der nicht berufstätigen Alleinerziehenden würden gerne eine Erwerbsarbeit aufnehmen. Vereinbarkeit ist schwierig, insbesondere wenn Kinder unter 3 Jahre . (BMFSFJ 2020, S. 57f)

→ **Hohe Bedeutung von Betreuungsangeboten** für gesellschaftliche Integration von Alleinerziehenden!

Alleinerziehende: Freundschaften/Nachbarschaften

Alleinerziehende betonen oft die Komplexität ihrer Beziehungs- und Netzwerkstrukturen und empfinden ihre Situation subjektiv häufig nicht als „allein“erziehend. (BMFSFJ 2012, S. 12f)

Über 50% der alleinerziehenden Mütter geben an, dass bei ihnen mindestens einmal in der Woche gegenseitige Besuche von Nachbarn, Freunden oder Bekannten stattfinden. (BMFSFJ 2012, S. 14)

Alleinerziehende: Freizeit/Vereine, Ehrenamt, politische Teilhabe

Freizeitaktivitäten, Vereinsmitgliedschaften eine Frage der Kosten?

Ehrenamt / politisches Engagement:

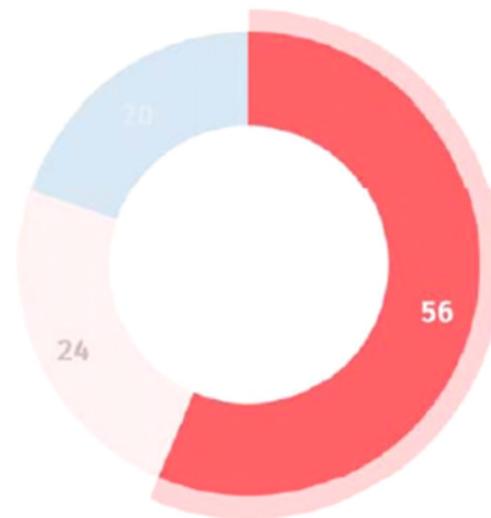
Schule? Kita? Nachbarschaft? Vereine? Politik?

Angespannte finanzielle Situation und Zeitnot befördern Desintegration

Hohe Belastung (zeitlich, finanziell, emotional, psychisch) führt zu gesundheitlichen Problemen, ein Viertel der Alleinerziehenden ist sehr Unzufrieden mit ihrer Gesundheit (Braukmann 2019, S. 13)

Fokus II: Pflegende Angehörige

Pflegebedürftige nach Versorgungsart 2019
in %, insgesamt 4,1 Millionen



- Pflegebedürftige zu Hause versorgt (überwiegend durch Angehörige)
- Pflegebedürftige zu Hause versorgt (ambulante Pflege- / Betreuungsdienste)
- Pflegebedürftige vollstationär in Heimen

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Seite: 9

3,2 Millionen
Hauptpflege-
personen
versorgen
Pflegebedürftige
zu Hause.
Nocheinmal so
viele helfen
zusätzlich mit.

Pflegende Angehörige: Familie

60% fühlen sich von der Familie gut unterstützt. (Rothgang/Müller 2018, S. 121)

50% Partnerpflege, 28% Elternpflege, 12% Kinderpflege. Zwei Drittel wohnen in gemeinsamem Haushalt mit pflegebedürftiger Person. (Rothgang/Müller 2018, S. 118)

Ein Drittel kann problemlos für ein paar Stunden vertreten werden, 60% können sich jederzeit mit dem eigenen seelischen Leid an jemanden wenden. (Rothgang/Müller 2018, S. 120)

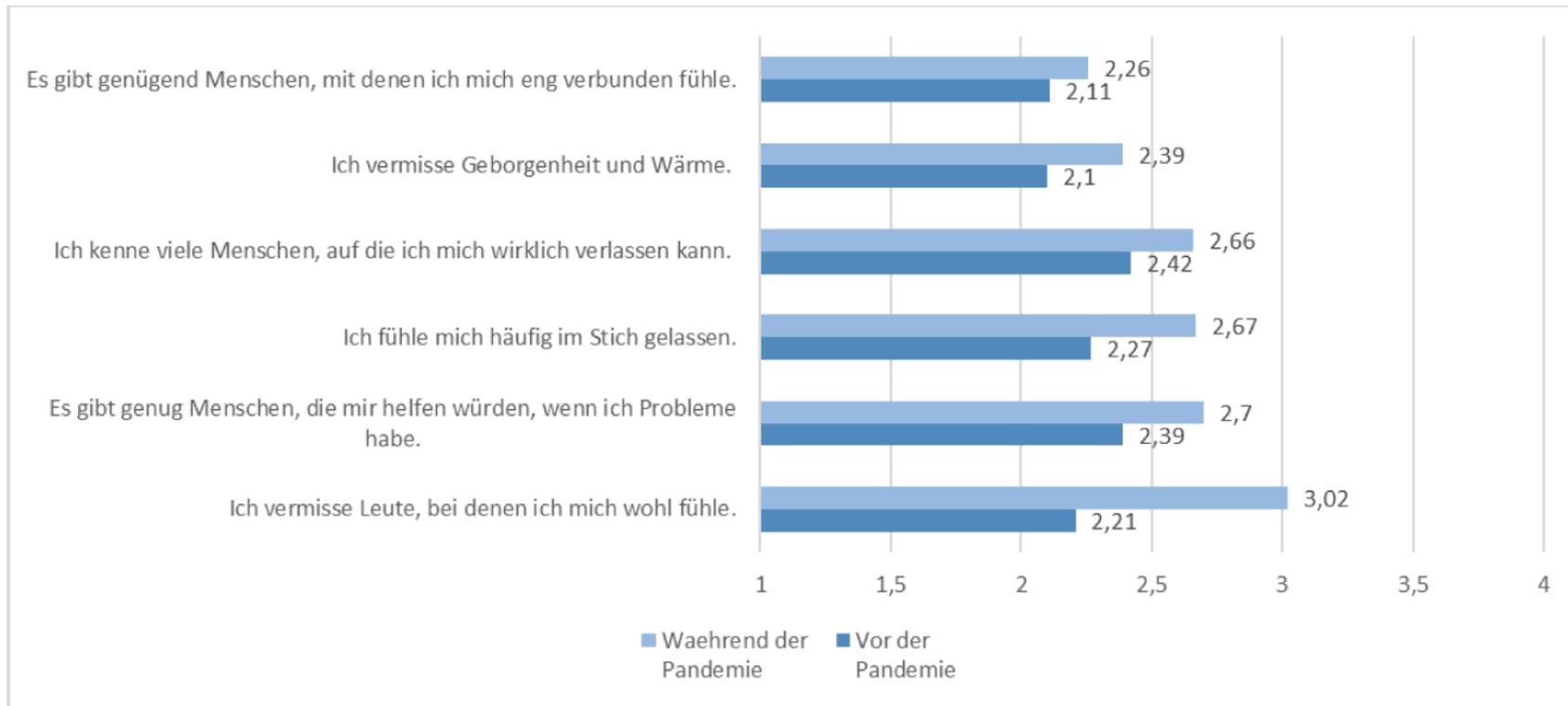
Pflegende Angehörige: Freundschaften / Nachbarschaft

Pflege wirkt sich bei 23% negativ auf Freundschaften aus. (Rothgang/Wolf-Ostermann 2020, S. 44)

Ein Drittel fühlt sich durch Freunde gut unterstützt. (Rothgang/Müller 2018, S. 121)

Corona: Die Unterstützung der Nachbarn hat in 20 Prozent der Fälle „ganz aufgehört“ und in 23 Prozent der Fälle „abgenommen“. Andere Familienmitglieder oder Freunde waren zu 9% gar nicht mehr und zu 22% weniger als vorher unterstützend tätig. (Eggert et al. 2020, S. 14; ähnlich Rothgang/Wolf-Ostermann 2020, S. 44)

Vor der Pandemie fühlte sich ein Drittel der pflegenden Angehörigen einsam, jetzt ist es die Hälfte. (Rothgang/Wolf-Ostermann 2020, S. 43)



Rothgang/Wolf-Ostermann 2020, S. 42

Pflegende Angehörige: Erwerbsarbeit

Ein Drittel ist Vollzeit, ein Viertel Teilzeit erwerbstätig (Räker et al. 2020)

Mehr als 30 % der Befragten sehen sich bei der Suche nach einer Arbeitsstelle benachteiligt und mehr als 20 % der Berufstätigen berichten, dass ihre Arbeitsleistung durch die Angehörigenpflege beeinträchtigt wird. (Bohnet-Joschko/Bidenko 2019, S. 21)

Pflegende Angehörige: Professionelles Hilfesystem

85% pflegen jeden Tag. Über 40% pflegen mehr 12 Stunden täglich.
(Rothgang/Müller 2018, S. 123)

Die Hälfte nutzt einen Pflegedienst, ein Viertel niedrigschwellige Betreuungs- und Haushaltshilfen und ein Viertel selbst finanzierte Hilfen im Haushalt.
(Rothgang/Müller 2018, S. 132)

Corona: Mehrbelastungen durch den Wegfall von Dienstleistungen und Hilfestrukturen im nahen Wohnumfeld trifft 40%. (Eggert et al. 2020, S. 12)

Weniger als 40% kennen Informationsangebote zu ihrer eigenen Unterstützung, noch weniger nutzen diese auch, obwohl ein hoher Bedarf an Entlastung und Unterstützung besteht. Sie stellen ihre eigenen Bedürfnisse zurück. (Bohnet-Joschko/Bidenko 2019, S. 23)

Pflegende Angehörige: Freizeit

Angehörige sehen sich in ihren Freizeitaktivitäten und in ihrem Sozialleben eingeschränkt. (Bohnet-Joschko/Bidenko 2019, S. 21)

Ein Drittel hat keine Zeit für Entspannung oder sportliche Betätigung. 11% haben nie Zeit für Kontakte zu Familie, Freunden oder Nachbarn.

(Rothgang/Müller 2018, S. 129)

Etwa ein Drittel der Pflegebedürftigen und **44% der pflegenden Angehörigen haben ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle**

(Rothgang/Müller 2018, S. 110)

→ **Hohe Bedeutung von unterstützenden Diensten und finanziellen Hilfen für die gesellschaftliche Integration!**

Literatur

Bohnet-Joschko, Sabine und Katharina Bidenko (2019): Pflegende Angehörige: Hoch belastet und gefühlt allein gelassen, in: Deutsches Ärzteblatt 116 (46), S. 20-24.

BMFSFJ (2000): Familie heute. Daten.Fakten.Trends – Familienreport 2020. Berlin: BMFSFJ.

BMFSFJ (2012): Alleinerziehende in Deutschland – Lebenssituationen und Lebenswirklichkeiten von Müttern und Kindern. Berlin: BMFSFJ.

Braukmann, Jan, Evelyn Stoll und David Juncke (2019): Alleinerziehend – Situation und Bedarfe. Aktuelle Studienergebnisse zu Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik Deutschland. Essen: Verband allein erziehender Mütter und Väter.

Eggert, Simon, Christian Teubner, Andrea Budnick, Paul Gellert und Adelheid Kuhlmeier (2020): Pflegende Angehörige in der Covid-19-Krise. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung. Berlin: Zentrum für Qualität in der Pflege.

Räker, Miriam, Antje Schwinger und Jürgen Klauber (2020): Was leisten ambulante Pflegehaushalte? Eine Befragung zu Eigenleistungen und finanziellen Aufwänden, In: Jacobs K., Kuhlmeier A., Greß S., Jürgen Klauber, Antje Schwinger (Hg.), Pflege-Report 2020. Berlin/Heidelberg: Springer.
https://doi.org/10.1007/978-3-662-61362-7_5

Rothgang, Heinz und Rolf Müller (2018): BARMER Pflegereport 2018. Schriften zur Gesundheitsanalyse. Band 12. Berlin: BARMER.

Rothgang, Heinz und Karin Wolf-Ostermann (2020): Zur Situation der häuslichen Pflege in Deutschland während der Corona-Pandemie. Bremen: Universität Bremen.

